

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus zur woch. Berlin 10.00 M., im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. ...

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 2.- M., einschließlich Leinwandzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Leinwandzuschlag. ...

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Warum geht die U. S. P. nicht in die Regierung?

## Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der 6. Juni hat unserer Partei einen bedeutsamen Wahlerfolg gebracht; als zweitstärkste Partei werden wir im Reichstag vertreten sein. In der Fünfmillionenzahl unserer Wähler ist enthalten die klassenbewusste Kerntruppe des deutschen Proletariats.

Wir haben den Wahlkampf geführt trenn den Grundzügen des revolutionären, wissenschaftlichen Sozialismus, getreu den Forderungen unseres Leipziger Aktionsprogrammes. Wir haben unseren Wählern klar und deutlich gesagt, daß in der jetzigen Epoche der sozialen Revolution das Parlament weder den Verfall des Wirtschaftslebens aufhalten, noch dem Proletariat durchgreifende Rettung aus seinen sozialen Nöten bringen kann. Wir haben erklärt, daß Wahlkampf und Parlamentsarbeit nur ein Mittel des proletarischen Klassenkampfes, daß in dem Ringen unserer Zeit die Aktion der Masse das vornehmste und entscheidendste Kampfmittel sei.

Den Wahlkampf hat unsere Partei als Todfeind der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Parteien und der verbürgerlichten Scheinsozialisten geführt. Nach den Gesetzen der formalen Demokratie, nach dem rein zahlenmäßigen Wahlergebnis könnte unsere Partei für die Bildung der parlamentarischen Regierung mit in Betracht kommen.

Nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes ist aber eine Beteiligung unserer Partei an der Regierung undenkbar.

Das Zentralkomitee der Partei tat daher nur seine sozialistische Pflicht, als es das rechtssozialistische Ersuchen auf Teilnahme an der Regierung ablehnte. Die Zurückweisung des Eintritts in eine Koalitionsregierung wurde vom Zentralkomitee folgendermaßen begründet:

Die U. S. P. D. kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat.

Der Eintritt der U. S. P. D. in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundföhrlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Zur Erklampfung dieses Zieles ist die U. S. P. D. zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgeseht eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlischen Bureaucratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die U. S. P. D. gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitschuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geföhrt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vorkampf zu behindern.

Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Ar-

beiterklasse und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verzerrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundföhrliche klare und konsequente sozialistische Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. P. D. als Uebergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Gegen diese Absage setzte von allen Seiten eine verwirrende Hege gegen unsere Partei ein. Vor allem sind es die Rechtssozialisten, die mit gewohnter Demagogie die Arbeiterklasse über die Haltung unserer Partei zu täuschen versuchen. Dabei haben gerade die Rechtssozialisten durch ihre Teilnahme an den bürgerlichen Koalitionsregierungen bewiesen, wie sehr in einer solchen Regierung die sozialistischen Forderungen und die proletarischen Interessen mit Füßen getreten werden.

In Deutschland ist eine Koalitionsregierung, eine Regierung auf die Dauer unmöglich, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klassen und aus Vertretern der Arbeiterklasse zusammensetzt. Die bürgerlichen Parteien dulden nur solche Sozialisten in der Regierung, die ihre sozialrevolutionäre Ueberzeugung abgeschworen und sich zum reinen Reformsozialismus bekant haben. Die Koalitionsregierungen, die seit November 1918 in Deutschland ihre Kräfte und Fähigkeiten versucht haben, vermochten nicht das Volk aus seinem Elend herauszuführen. Was die Arbeiter und Soldaten in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 an revolutionären Erregungenschaften erkämpft hatten, ist durch die Schuld der Koalitionsregierungen Stück um Stück bis auf winzige Reste beseitigt worden. Die Arbeiterklasse wurde entwaffnet, die Reaktion bewaffnet. Anstelle der Sozialisierung haben wir die Einführung der Allfordarbeit, die Verletzung des Achtstundentages, die Bedrohung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die alte reaktionäre Steuerpolitik mit ihren indirekten Steuern, Verbrauchsabgaben, Zöllen und Liebesgaben an die Schwerindustriellen und Großagraren wurden nicht nur nicht eingeschränkt oder gar beseitigt, sondern noch weiter ausgebaut. Den Arbeitern und Angestellten soll sogar regelmäßig 10 Prozent vom Lohne und Gehalt abgezogen werden. Der Unternehmer wird zugleich Steuerentrichter. Der Lebensmittelwucher darf sich nach wie vor breit machen. In der Schule sind die Kinder der Gewalt einer reaktionären Kirche nach wie vor ausgeliefert. Polizei, Massenjustiz und Militarismus bedrücken nach wie vor besonders die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes. Die Rechtssozialisten in der Regierung und ihre Partei, die diese Politik offiziell vertritt und unterstützt, wollen die Arbeiterklasse glauben machen, es sei eine Ausöhnung, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern möglich. Es handelt sich hier aber um ein Gaukelspiel, durch das die Kapitalisten in ihrer Macht erhalten und besetztigt und die Arbeiterklasse um ihr Erstgeburtsrecht betrogen werden sollen.

Eines solchen Gaukelspiels kann und darf sich eine revolutionäre sozialistische Partei wie die U. S. P. D. nicht schuldig machen.

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa auf dem Gebiete einer energischen Sozialisierung oder der Enteignung des Großgrundbesitzes durchsetzen, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und des kapitalistischen Privateigentums sind?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister inkraftig an die Entwaffnung der Gegenrevolution gehen, wenn ihnen Minister aus Parteien in die Arme fallen, die der Bewaffnung der Arbeiterklasse den wütendsten Widerstand entgegenstellen?

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Erweiterung der Arbeiterrechte, für die weitgehendere Beteiligung der Betriebsräte, für sozialpolitische Maßnahmen durchsetzen, wenn die Mehrheit ihrer Ministerkollegen für Antistreiberei, für Verlingerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne eintreten?

Auch die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten ist für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht gegeben. Die Rechtssozialisten spekulieren auf die Urteilslosigkeit gewisser Arbeiterschichten. Sie verschweigen der Arbeiterklasse, daß sie von vornherein nicht an eine sozialistische Regierung gedacht, daß ihr Parteimitglied Müller die U. S. P. D. zum Eintritt in eine bürgerliche Koalitionsregierung aufgefordert hat.

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, käme für uns eine Koalition mit den Rechtssozialisten nicht in Betracht, solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsföhler mit ihrer Politik der Arbeiterschaften der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen, solange die politischen Föhler an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhalten. Erst eine klare und unvorbeulige Anwendung der Rechtssozialisten von ihrer schwächlichen und unfruchtbaren Reformpolitik und ein Verkenntnis zu dem Programm des revolutionären Sozialismus könnte unsere Partei veranlassen, dem Gedanken einer Koalition mit der rechtssozialistischen Partei näher zu treten.

Wäre die rechtssozialistische Partei in der Nationalversammlung mit der Unabhängigen Partei in eine geschlossene Opposition gegen die gesamte bürgerliche Welt getreten, so wäre dem deutschen Proletariat eine Unmenge von Mulsopfern, Nöten und Entbehrungen erspart geblieben. Der proletarische Klassenkampf hätte einheitlich und geschlossen erfolgreich durchgeführt werden können. Nur der rechtssozialistischen Partei ist es zu danken, wenn immer wieder Koalitionen zustande kommen und kommen, die einen immer reaktionarerer Charakter tragen.

Gegen diese kapitalistische Regierung wird die U. S. P. D. innerhalb und auherhalb des Parlaments in entschiedener Kampfstellung stehen. Die Taten dieser Regierungen zeugen dem Proletariat, den Hand- und Kopsarbeitern, daß keine Koalition, wie auch immer sie zusammengesetzt sein möge, das Wirtschaftsleben gesund, der politischen Herrschaft ein Ende machen, die sozialen und kulturellen Wunden heilen kann.

Die Proletarier müssen erkennen, daß die Ziele und Methoden des revolutionären Sozialismus, die Diktatur des Proletariats an die Stelle einer von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdamnten Koalitionspolitik treten muß.

Wie Feuer und Wasser sich nicht vereinigen lassen, so können auch die Vorkämpfer der sich aus den Trümmern der Gegenwart empor ringenden neuen sozialistischen Welt nicht zu entsprechlicher Zusammenarbeit vereinigen, mit den Verfechtern der alten, blutgefleckten und stuchbeladenen kapitalistischen Welt. Darum kann für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als Ziel nicht in Betracht kommen die Besetzung von ein paar Ministeresseln, ihre Aufgabe bleibt nach wie vor die Erwerbunung der politischen Macht durch die zusammengefahte Kraft des gesamten klassenbewußten Proletariats.

## Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Verheißungsvolle Zeichen.

Die wichtigste Aufgabe, die gegenwärtig gestellt werden muß, ist, dafür zu sorgen, daß die gesamte Arbeiterklasse in allen ihren Schichten von wirklich sozialistischen Bewußtsein und dem Willen zur Teilnahme und zur Durchführung des Sozialismus erfüllt werde. Die Arbeiterklasse muß verstehen, daß der Inhalt ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen über die Erhaltung von Viehformen hinausgehen und ihre Energie auf die grundlegende Gestaltung des Produktionsprozesses selbst gerichtet sein muß. Es ist vielleicht das wichtigste Ergebnis der politischen Entwicklung, daß der Kampf um Einheitsfronten in den Diktatorien nicht nur ein Mittel zur Durchsetzung der proletarischen Politik ist, sondern daß die einschlägige Lehre der gegenwärtigen proletarischen Revolution, daß nicht Reformverträge auf kapitalistischer Grundlage, sondern nur der sozialistische Kampf um die Durchsetzung der proletarischen Politik die einzigen Mittel sind, um die Revolution zu führen.

Es ist aber von Wichtigkeit, daß diese Erkenntnis wirklich die gesamte Masse der organisierten Arbeitnehmerschaft und nicht nur eine Elite erfasst. Daher muß der Kampf um die Durchsetzung der proletarischen Politik in letzter Zeit ein entscheidendes Moment ab.

Der Verlauf des Verhandlungsprozesses der künftigen Industriellen Kammern hat gezeigt, daß diese für das Wirtschaftsleben so außerordentlich wichtige Schicht sich nicht nur mit einer imponierenden Geschlossenheit auf dem Boden der freien Wettbewerbsbewegung gestellt hat und sich in immer stärkerer Nähe mit der gesamten Arbeiterklasse solidarisch und eng verbunden fühlt. Die Lage zeigt auch ein außerordentliches Wachstum des sozialistischen Bewußtseins und der klaren Erkenntnis der Unvereinbarkeit kapitalistischer Produktion mit den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse.

Es handelt sich aber dabei um einen für die ganze soziale Arbeiterklasse in Deutschland außerordentlich wichtigen Faktor. In keiner genialen Analyse des kapitalistischen Arbeits- und Vermehrungsprozesses zeigt Marx im „Kapital“, wie der industrielle Kapitalist den Arbeitern in doppelter Eigenart gegenübersteht. Er leitet den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, er ist der Dirigent dieses Orchesters der Arbeit. Zugleich ist er aber als Kapitalist der Ausbeuter der Arbeitskraft. Mit der Entfaltung des Kapitalismus entwickelt sich aus der Arbeiterklasse, wie Marx sagt, „eine besondere Schicht von Lohnarbeitern“, die im Namen des Kapitals die Funktion der Leitung und Organisation des Produktionsprozesses übernimmt, aber die zugleich auch in letztem Namen das Kommando über die Arbeit führt.

So nehmen die technischen Angestellten eine Zwischenstellung ein. Sie sind einerseits Lohnarbeiter, stehen im Gegensatz zu den Kapitalisten und werden von ihnen ausgebeutet. Andererseits stehen sie zugleich als Vertrauensperson des Kapitals den Arbeitern gegenüber. Diese soziale Zwischenstellung hat auch lange die politische Stellung der Angestellten beeinflusst. Sie schlossen sich von der Arbeiterklasse unterschieden und dem Bürgertum verwandter als dem Proletariat. Die rasche kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte wirkte in veränderter Weise auf die Stellung dieser Schichten ein. Der „neue Mittelstand“, wie die bürgerlichen Ökonomen mit Vorliebe ihn nannten, wuchs außerordentlich schnell. Die Zahlen der Berufsberatung, die allerdings heute veraltet sind, zeigen, daß die Zahl der Angestellten noch weit mehr wächst als die der industriellen Arbeiter. Zugleich mußte die fortschreitende Konzentration und das Wachstum des Großbetriebes überhaupt den Angestellten immer mehr die Illusion, daß für ihre Masse die Erhaltung der Selbständigkeit oder auch nur die relativ spärlichen, hochbezahlten letzten Stellen in Betracht käme. Die Abhängigkeit von ihnen mußte immer mehr damit rechnen lernen, daß ihre nicht allein sehr über das proletarische Maß gehende Lebenshaltung für sie einen Dauerzustand bedeute. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus ließ sie aber immerhin ihre Lage als eine nicht gar zu drückende empfinden. Sie haben ihr Hauptinteresse deshalb nicht so sehr in der Verbesserung, sondern in der Ausdehnung des Kapitalismus. Und das machte gerade diese Schichten zu Anhängerinnen imperialistischer Ideologien, namentlich wenn diese, wie bei Dornmann, zugleich mit politisch-demokratischen und sozialpolitischen Forderungen verbunden waren.

So spielen die Lehre vor dem Krieg eine zwiespältige Rolle für die Arbeiterklasse. Ein Teil hatte sich bereits zu sozialistischer Erkenntnis oder mindestens zur Überzeugung von der Notwendigkeit selbständiger wirtschaftlicher Kämpfe gegen das Kapital durchgerungen. Ein anderer erwarb gerade von der Expansion des Kapitalismus Besserung seiner Lebenslage. Der Zusammenbruch des Imperialismus und seine wirtschaftlichen Folgen haben diesen großen Wandel herbeigeführt. Die technischen Angestellten sind zur Überzeugung gekommen, daß sie ihre Interessen nur im gemeinsamen Kampfe mit der Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse auf die Dauer wahrnehmen können. Die Solidarität zwischen Hand- und Kopfarbeit beginnt sich zu verwirklichen.

Gerade dies aber ist von außerordentlicher Bedeutung für die Verwirklichung des Sozialismus. Wer es nicht schon vorher gewußt hat, den haben die Erfahrungen der russischen Revolution belehrt, von welcher großer Wichtigkeit die Mitarbeit der industriellen Angestellten für den Wiederaufbau des Sozialismus ist. Der Kapitalismus hält der Arbeiterklasse die zur Leitung und Organisation des Arbeitsprozesses nötigen Kenntnisse, Kenntnisse und Erfahrungen zu einem großen Teile vor. Sollen in der Vorstufe des Wiederaufbaus der Produktionsprozeß nicht ins Stocken geraten, so ist die Mitarbeit der qualifizierten Kopfarbeiter ein unbedingtes Erfordernis. Denn die Funktionen der Leitung und die Dirigierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses bleiben natürlich auch in der sozialistischen Produktion erhalten und bekommen noch erhöhte Wichtigkeit.

Indem die Arbeiterklasse sich aber zur Solidarität mit der Handarbeiterschaft bekennt, über sie sich das notwendig die neue Betriebsdisziplin, ohne die die sozialistische Produktion nicht möglich wäre. Und indem sie sich zum Sozialismus bekennt, erhält sie das große Ideal, in dessen Dienst sie nun tritt. Sie nimmt von nun an für sich in Anspruch, nicht mehr als Angehörige des Kapitals der Arbeiterklasse gegenüber zu treten und selbst die gesellschaftliche Ordnung der Ausbeutung zu überwinden, sondern als Vertrauensmänner der produktiven Arbeit

Führerinnen und -kämpferinnen der neuen Wirtschaftsordnung zu werden, in der ihre Arbeit erst zur vollen sozialen Geltung kommen kann. Zudem hat sich selbst zur Emanzipation ihrer qualifizierten Arbeit vom Kapitalismus bekennen, erleidern sie den Emanzipationskampf der Arbeit überhaupt und beschleunigen ihren endgültigen Sieg.

Es ist deshalb nicht zuviel gesagt, wenn man es erwachen der Arbeiterklasse zum sozialistischen Bewußtsein als ein nicht minder verheißungsvolles Zeichen der sozialen Revolution betrachtet, als das Erwachen der Landarbeiter.

## Jehrenbach bei der Bildung des Kabinetts.

Noch immer ist keine Lösung der Regierungskrise eingetreten. Zwar hat der Abgeordnete Jehrenbach den Antrag zur Bildung des Kabinetts angenommen und sich sofort mit der demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in Verbindung gesetzt. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist in dem folgenden Schreiben niedergelegt, das die Reichstagsfraktion an Herrn Trimborn gerichtet hat:

Nachdem die Sozialdemokratische Fraktion an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt hat, und eine Koalition aller bürgerlichen Parteien durch den Widerstand der demokratischen Partei unmöglich gemacht war, erklärt sich die Deutsche Volkspartei auf Ihr Verlangen grundsätzlich bereit, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und der Deutschen demokratischen Partei an der Bildung einer Regierung mitzuwirken. Die erste Lage des Reiches veranlaßt uns trotz mancher Bedenken zu diesem Entschluß. Wir gehen dabei von folgender Voraussetzung aus:

1. An unseren Grundfragen wird durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert.
2. Die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands erfordert sachkundige Leitung der Geschäfte auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und des gesamten Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit und Parteistellung.
3. Alle Beamtenstellen sind in Zukunft lediglich nach der Fähigkeit ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu besetzen.

Im übrigen nehmen wir gern Kenntnis davon, daß Ihre und Ihrer Parteifreunde Auffassung nach das Ministerium nicht lediglich als Übergangsministerium gedacht ist, sondern den ersten Versuch bedeutet, damit dauernde, aufbauende Arbeit zu leisten.

Die „Tägliche Rundschau“, das Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, hält aber noch wie vor an ihrer Ablehnung der „Mittlerpartei“ fest. Auch in ihrer neuesten Abendausgabe schreibt sie: „Nachdem die linksstehenden Parteien die Entwicklung der politischen Krise durch geschickte Kräfte sowohl getrieben haben, daß die rechtsstehenden Parteien anschlussfähig bleiben, wird man es den demokratischen Parteien überlassen müssen, zu leben, wie sie unter sich fertig werden.“

Einweilen verläßt auch nichts darüber, ob die Demokraten diese Voraussetzungen der Deutschen Volkspartei schlucken werden, die verächtlich den monarchistischen Charakter der Partei aufrecht erhalten. Die demokratische Presse gibt das Schreiben der Deutschen Volkspartei ohne Kommentar wieder. Der Widerspruch gegen Voraussetzungen scheint also auf ein Minimum herabgemindert zu sein.

## Vor der Konferenz in Ban'logie.

Paris, 17. Juni.

### Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Lloyd George und Millerand werden am Sonntag in der Konferenz in Ban'logie zugleich über die deutsche Entschädigung und über die Beziehungen mit Rußland sprechen. England wird ferner für eine schnelle Einleitung der Verhandlungen mit Moskau eintreten.

Paris, 17. Juni.

Die Senatskommission beschloß, dem Ministerpräsidenten Änderungen vorzuschlagen zu Wortlaut und Sinn des französischen englischen Abkommens über die Verhältnisse des ehemaligen türkischen Kaiserreichs zu unterbreiten.

Die Kommission nahm sodann Stellung zu der Forderung der deutschen Entschädigungsumme und zu den demnachst stattfindenden englisch-französischen Verhandlungen über diese Frage. In der Erörterung wurde verlangt, daß an die Festlegung der deutschen Entschädigung gewisse Bedingungen geknüpft werden müßten. Es müsse eine interalliierte oder internationale Kontrolle zustande kommen, deren erste Aufgabe es sein solle, für die verunheilten Gebiete geschlossenen Speisestoffes zu sorgen. Die nächste Aufgabe könne dann unter gewissen Bedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands Verwendung finden.

## Die Entwaffnung Deutschlands.

Amsterdam, 17. Juni.

„Times“ hält die von Lloyd George mitgeteilten Zahlen über die Menge des zerstörten deutschen Kriegsmaterials für höchst unbefriedigend und bringt neuerdings auf rechtlose Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages.

„Westminster Gazette“ schreibt: „Wenn wir die von Deutschland angebotenen Zahlen als richtig gelten lassen, und offenbar ist Lloyd George bereit es zu tun, müssen wir zugeben, daß Deutschland jetzt bemüht ist, seine Verpflichtungen zur Entwaffnung zu erfüllen. Im Anfang war der Prozeß langsam, aber jetzt ist in Deutschland zu der Erkenntnis zu gelangen, daß das Meer nicht nur im Ausland Besorgnisse erzeugt, sondern auch im Innern eine Gefahr darstellt.“

Das englische Blatt irrt sich. Bei den maßgebenden Kreisen Deutschlands ist die Erkenntnis noch nicht durchgedrungen, daß das Meer eine große Gefahr im Innern darstellt. Trotz des Kaputtzustandes sind feindselige Schritte unternommen worden, um die konterrevolutionären Formationen zu bekämpfen und das Meer auf demokratischen Grundlagen neu aufzubauen. Die Freikorps haben nur ihren Namen gewechselt und sich in Reichswehrformationen umgewandelt. Ihre Gesinnung und Haltung ist die gleiche geblieben. Einwohnern und Zeitweiligen sind ebenfalls nur dem Schein nach ausge-

stellt. Sie halten jetzt unter einer neuen Firma ihre Zusammenkünfte ab, während sie die Waffen meist in sicherer Verstecke gelagert haben, um sie zu gegebener Zeit wieder verwenden zu können. Nicht unterschätzt werden darf auch die Bildung von besonderen Offizierskompagnien, die seit einiger Zeit betrieblen sind und denen die gleiche Aufgabe zugewiesen ist, wie den Offizierskompagnien in Ungarn: bei Ausbruch der Gegenrevolution die Abschichtung der Arbeiter massenhaft zu betreiben, damit sich die Militärdisziplin ungehindert festsetzen kann.

So wurzelt der deutsche Militarismus noch in tausenden offenen und geheimen Agenden. Er ist nicht gewillt, seine Dispositionen zu räumen, im Gegenteil, sein Bestreben ist, sich noch mehr festzusetzen. Er unterläßt alle Bestrebungen der Reaktion, will mit dieser gemeinsam der ausschlaggebende Faktor in der Republik werden und sein einziges Ziel ist die Wiederherstellung der Monarchie.

## Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 17. Juni.

Der „Kron“ veröffentlicht die von den österreichischen Gewerkschaften zur Durchführung des Boykotts gegen Ungarn getroffenen Bestimmungen. Der Schrift- und Personenzugverkehr von und nach Ungarn bleibt vorläufig aufrechterhalten. Die das Blatt weiter mitteilt, hat die der Gewerkschaftskommission angehängte Stützungsstellen-Organisation des Post- und Telegraphenwesens beschlossen, am 19. Juni mitternachts den Brief-, Paket-, Telegramm- und Funkentelegrammverkehr von und nach Ungarn vollständig zu unterbinden. Ausgenommen sind Meldungen für die Entschädigungskommissionen.

In der ungarischen Nationalversammlung wurde gestern in dem Boykottbeschluss Stellung genommen. Graf Apponyi behauptete, daß die Entschädigungen nicht so massenweise vorgenommen worden seien, wie behauptet werde. Der Boykott treffe die ganze Nation, während die Verbredchen nur von einzelnen verübt worden seien. Hinter dem Boykott ständen die — Bolschewisten. Diese Behauptung wird natürlich keine Gläubigen finden. Denn alle Welt weiß, daß die Verbredchen der Offiziersklasse von der Regierung gebilligt worden sind, ja diese hat in den meisten Fällen sogar die Anweisungen dazu gegeben und allen Mördern und Verbredchern Straffreiheit gewährleistet.

## Verhärterung der österreichischen Rasse.

Wie aus Wien gemeldet wird, hat sich die Regierungstisch in den letzten Tagen außerordentlich verhärtet. Die Christlich-Sozialen sind gegen Dr. Renner wegen seiner radikal-sozialistischen Rede fast einig geworden und schließen sich dem Antrag der Großdeutschen an, welche für die Vorbereitung der Wahlen ein Seamtienkabinett aus Sektionshelfern wünschen. Am Mittwoch hat Präsident Seid die Großdeutschen empfangen, die vorgelegten haben, nach den Wahlen ein Koalitionskabinett aus allen Parteien zu bilden. Aus allen Kombinationen soll freilich sowohl von den Christlich-Sozialen als auch von den Großdeutschen Dr. Renner ausgeschlossen werden. Auch gegen den Präsidenten Seid wird eine systematische Hetze geführt. Die nationalistischen Parteien Oesterreichs betreiben ihre Sabotage auf Grund von Einflüsterungen, die von reichsdeutscher Seite ausgehen. Mit dem reaktionären Oesterreich in Bayern werden die engsten Beziehungen unterhalten, die sich bis zur Waffenlieferung an die reaktionären Elemente Oesterreichs durch bayerische Mittelänner verdrängt haben.

## Die Abstimmung in den Grenzgebieten.

In den nächsten Wochen finden in den verschiedenen Grenzgebieten die Abstimmungen über das weitere Verbleiben der Gebiete bei Deutschland statt. Den in diesen Gebieten geborenen und daher abstammungsrechtlichen Deutschen wird die Möglichkeit der Teilnahme an der Abstimmung durch die Gewährung freier Reise in die Gebiete erleichtert. Es liegt im Wesen des Selbstbestimmungsrechts der Völker begründet, daß eine möglichst zahlreiche Beteiligung an der Abstimmung erfolgt, damit die getroffenen Entscheidungen ein genaues Spiegelbild der wirklichen Meinung der Bewohner darstellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie unterstützt deshalb alle Bestrebungen, die durch eine weitgehende Beteiligung an der Abstimmung die wahre Meinung der Bevölkerung und eine einwandfreie Abstimmung zu ermöglichen sucht. Sie steht dagegen allen Bestrebungen fern, die die Abstimmung zu einer Entfaltung nationalistischer Instinkte zu benutzen suchen und die Gefahr einer Säkularisierung des Verhältnis zwischen Deutschland und den Nachbarländern heraufzuziehen würde.

Sie kann deshalb Bundesbürgern, die nationalistische Zwecke beabsichtigen oder in solche ausarten, nicht unterstützen.

## Landarbeiterstreik in Pommern.

Stettin, 17. Juni.

Nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen, die für die Landarbeiter im ganzen Regierungsbezirk Stettin eingeleitet waren, hat heute früh um 10 Uhr in dem Kreis Stettin die Landarbeit in den Ausland gestreikt. Die Beauftragten des Landarbeiterverbands des Landes droht, von morgen ab auch die Schweizer zur Arbeitsüberlegung zu zwingen.

## Giulini Programm.

Aus Rom wird mitgeteilt: Das Programm des Ministerpräsidenten Giolitti wird eine partei soziale Färbung tragen. Es scheint, daß er an die Sozialisten bedeutende Konzeptionen machen wird, was um so leichter begreiflich ist, da die Sozialisten die schärfste Opposition gegen seine Regierung angedeutet haben. Giolitti selbst erklärt, daß sein Programm den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Italiens bezwecke.

Lugnerische Schmierereien. Die gestrige Morgennummer des „Vorwärts“ enthält eine Aufschrift, die aus einem Wust von Lügen bestehend, persönliche Angriffe gegen unseren Geschichtsführer Räter enthält. Der Inhalt der Aufschrift kennzeichnet gleichzeitig ihren Verfasser, wie ihre Veröffentlichung den „Vorwärts“. Dieses Blatt wendet damit wieder einmal, wie so oft in letzter Zeit, in den Säben des Reichstagenverbandes. Auf die Behauptungen der Aufschrift eingegangen, haben wir keine Veranlassung, anonyme Verleumdungen zu widerlegen und nicht,

# Wählt am Sonntag nur die Liste der U. S. P.

## Regierungsbildung und Gemeindevahlen.

Zu den Gemeindevahlen enthalten die Rechtssozialisten endlich ihr wahres Wesen. Während sie bei den Reichstagswahlen vorgaben, den Kampf gegen die Reaktion führen zu wollen, und es wegen der Gefahr der Stärkung der Reaktion als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Politik zwischen der U. S. P. D. und der S. P. D. während des Wahllampes aufgetragen wurden, ist ihre Agitation bei den Gemeindevahlen lediglich auf den Kampf gegen die U. S. P. eingestellt. Ihr mit allen Mitteln Verbot zu tun, auch wenn dabei die Reaktion gewonnen sollte, und

die sozialistische Mehrheit in Groß-Berlin in Gefahr kommt, ist ihre Absicht.

Die wüsten Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die U. S. P. werden behalben in Umlauf gesetzt. Unter ihnen spielt die Hauptrolle die verleumderische Behauptung, daß die U. S. P. durch ihr Verhalten jede Regierungsbildung unmöglich gemacht und den Boden bereitet habe, für eine Regierung der Deutschnationalen. Die U. S. P. wolle eben keinen Schutz der Republik, sondern lediglich die Diktatur ihrer Partei aufzurichten. Alle diese Behauptungen sind glatte Verleumdungen, nur darauf berechnet, bei den Gemeindevahlen unheilvolle Wähler einzufangen, einen Stimmenzuwachs für die Rechtssozialisten herbeizuführen, um dann geflücht auf dieses Votum der Wähler Berlin

die alte Koalitionspolitik wieder herzustellen.

Dennoch heute halten die Rechtssozialisten im Prinzip an der Koalition mit dem Bürgertum fest. Ihr Vertrauen zum Sozialismus ist so gering, daß sie seine Verwirklichung nur erwarten von der Hand-in-Hand-Arbeit mit dem Bürgertum. Diese Koalitionspolitik aber ist am 8. Juni von den Wählern allseitig verworfen worden, weil sie die richtige Einsicht hatten, daß an dem Stand der jetzigen Zustände die verfehlte Koalitionspolitik einen erheblichen Teil der Schuld trägt. Die alte Koalition war nicht anders als eine Sicherung aller Ansprüche des Bürgerturns. Die Rechtssozialisten haben nur dazu herhalten müssen, diese Tatsache nach außen hin zu verschleiern. Nach so wenigen Tagen erklärte in einer Versammlung in Steglitz der bisherige demokratische Abgeordnete Kutsche: „Das Bürgerturn hat nicht erkannt, daß nur die Koalition es gerechelt hat. Die Sozialdemokraten mußten eine bürgerliche Politik treiben, während wir keinen einzigen Programmpunkt zu verteidigen brauchten. Kutsche hat das Bürgerturn gegen seine eigenen Interessen verstoßen.“

Trotzdem diese Koalition durch die Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitten hat, wollten die Rechtssozialisten von Anfang an nur eine Fortsetzung dieser Politik. In dem Schreiben, mit dem der Reichstagsabgeordnete Müller die Unabhängige Sozialdemokratie zur Teilnahme an der Regierung aufforderte, erklärte er ausdrücklich, daß nur die Bildung einer Koalitionsregierung in Frage kommen könne.

Keinen Augenblick also wollten die Rechtssozialisten eine sozialistische Regierung.

Die ungehemmt durch das Bürgerturn wirklich sozialistische Politik treiben konnte. Sie nahmen deshalb sofort wieder ihre Zuflucht zum Bürgerturn und versuchten nun, sich für diese verdrängte Haltung eine Minderbedeutung bei der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verschaffen. Es konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, die die Koalition zwischen Rechtssozialisten und Bürgerturn nicht nur aus Opportunismusgründen, sondern grundsätzlich befehlte hatte, nun nach den Wahlen nicht an ihr teilnehmen würde.

Das wäre die Folge einer Teilnahme der U. S. P. an der Koalition mit dem Bürgerturn gewesen? Da die beiden sozialistischen Parteien in dieser Koalition nicht stärker gewesen wären, als die Rechtssozialisten allein in der alten Koalition, hätte die Politik dieser Regierung genau denselben Charakter getragen wie früher. Bei dem geringsten Versuch, sozialistische Maßnahmen durchzuführen, wären die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht nur auf den Widerstand der Bürgerlichen gestoßen, sondern auch von den Rechtssozialisten schamlos im Stich gelassen worden. Der Zusammenbruch dieser Politik, verbunden mit einer grenzenlosen Enttäuschung der Massen, hätte in wenigen Wochen eintreten müssen.

In Wirklichkeit bestand ja auch nie eine Möglichkeit zu einer gemeinsamen Regierungsbildung zwischen Unabhängigen Sozialdemokraten und Bürgerturn. Wenigstens nicht so lange die Unabhängige Sozialdemokratie an ihren Mindestforderungen festgehalten, also verhandelt hätte, eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu treffen. Denn diese Mindestforderungen haben seit den entscheidenden Widerstand dieser beiden bürgerlichen Parteien hervorgerufen, und sie denken nicht daran sie anzuerkennen, geschweige denn sie durchzuführen. Selbst die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften sind ja von ihnen herabgesetzt worden, und trotzdem sie mit ihrem Ehrenwort ihre Erfüllung zugesagt hatten, auch nicht in einem einzigen Punkte erfüllt worden. Ja, demokratische Abgeordnete sind sogar so weit gegangen, das Aufstellen solcher Forderungen der Gewerkschaften als „Dachverrat“ zu bezeichnen. Wer kann unter solchen Umständen daran glauben, daß ein Zusammenarbeiten mit diesen kapitalistischen Parteien anders möglich gewesen wäre, denn durch die Preisgabe aller sozialistischen Grundzüge und der praktischen Interessen der Arbeiterklasse, wie es die Rechtssozialisten mehr als ein Jahrzehnt getan haben. Eine solche Politik aber kann die Unabhängige Sozialdemokratie nicht treiben, weil sie im Widerspruch steht zu den Interessen der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wenn die Rechtssozialisten sich ebenfalls zu dieser harten Zielsetzung aufbehalten würden, dann wären die Gefahren, die von einer bürgerlichen Regierung drohen, wesentlich abgeschwächt. Aber diese Herren warten ja nur auf den Augenblick, wo sie wieder in die Koalition hineintrinken können.

Die Wahlen am Sonntag müssen deshalb zeigen, daß die Rechtssozialisten sich in der Einschätzung der politischen Lage der Berliner Wähler gründlich täuschen, daß ihre Spekulation

auf Denkfähigkeit und politische Unwissenheit gründlich verbergelungen ist. Das um so mehr, als ja gerade

die traurigen Verhältnisse in der Gemeinde zum erheblichen Teil Folgen der rechtssozialistischen Koalitionspolitik sind.

Das Kommunalisierungsgesetz ist fast einseitig Jahre lang verschleppt worden und in der Welt, in der es dem neuen Reichstag vorgelegt wird, ist es fast völlig wertlos. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, der Sozialpolitik und einer ganzen Reihe von anderen Gebieten ist nichts geschehen, um eine sozialistische Arbeit in den Gemeinden zu ermöglichen oder zu erleichtern. Durch das Landbesitzergesetz aber ist die ungeschützte Gefahr heraufbeschworen, daß reaktionär zusammengesetzte Gemeinden die Lasten aufzubringen suchen durch eine Besteuerung des Hungers, durch eine Besteuerung auch der allerärmsten Einkünfte.

Wer verhindern will, daß die unentschlossenen Rechtssozialisten, die sowohl im März, als die Arbeiterklasse den Ansturm der reaktionären Regierung zurückgeschlagen hatte und eine sozialistische Regierung hätte bilden können, diese verhindern haben, genau wie sie es jetzt tun, und wer die Gefahr kennen will, daß in der Einheitsgemeinde die Rechtssozialisten auch mit dem Bürgerturn gemeinsame Sache machen gegen die Interessen der Arbeiterklasse und die Unabhängige Sozialdemokratie, der kann

am 20. Juni nur die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

## Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen

finden heute abend 7 Uhr in folgenden Orten statt:

- Charlottenburg: Aula des Obergewerkschulen Schiller-, Ede-Hausenbergstraße.
- Gemeinschaftliche Wählerstraße.
- Gemeinschaftliche Wählerstraße.
- Wilmersdorf-Katzen: Goethestraße, Weißbühlische Straße, Friedenau: Rathaus (Wagnerstraße).
- Wilmersdorf: Aula Gymnasium Kollerstraße.
- Neukölln: Aula der Obergewerkschulen Sinter Straße, Dohrenhausen-Heide, Rothbuser Damm, Friedrichsberg: Lindenpark (7 1/2 Uhr).
- Schöneberg: Aula der Gemeindegewerkschulen Nördernstraße (7 1/2 Uhr).
- Borsigwalde: Borsigwalder Heide.
- Schwarmberg: Im Goethe-Park, Spandauer Straße (7 1/2 Uhr).
- Oberschöneweide: Märkers Blumenpark (8 Uhr).
- Niederschöneweide: 8 Uhr, Schulaula Berliner Straße 31, Teg. 1: Neuland, Hannustraße.
- Reinickendorf: 7 Uhr, Hartmanns Brauerei, Schornsteinstraße 101/104.
- Niederschönhausen: 7 1/2 Uhr Schönbühl, Schloß Schönhausen.

## Frauenversammlungen

finden statt in folgenden Lokalen:

- Lütiner, Schwedter Straße 21 (7 1/2 Uhr).
- Neukölln: Realschule Kaiser-Friedrich-Straße (Referent Genosin Dieß).

## Die Anstrengungen der Gegner.

Die bürgerlichen Parteien haben alle Kräfte ein, um eine sozialistische Mehrheit in der neuen Einheitsgemeinde zu verhindern oder wenigstens eine so stark Minderheit zu erreichen, daß die Arbeit der Majorität möglichst gehemmt werden kann. So schreibt das „Berl. Tageblatt“:

„Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings dafür, daß auch die neue Stadtverordnetenversammlung eine, wenn auch kleinere sozialdemokratische Mehrheit ausweisen wird, aber ungleich ist es nicht, die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Bei den Wahlen am 8. Juni fanden im Groß-Berliner Wahlkreis den rund eine Million zählenden sozialdemokratischen rund 800 000 bürgerliche Stimmen gegenüber. Da diesmal alle diejenigen Wähler, die noch nicht ein Jahr in Berlin wohnen, nicht wahlberechtigt sind, demnach also die fluktuierende Bevölkerung ausschließt, so wäre selbst nach den Wahlen vom 8. Juni die sozialdemokratische Überlegenheit nicht allzu groß. Deshalb wird am nächsten Sonntag sehr viel davon abhängen, daß die Demokratische ihre Anhänger macht. Es kommt diesmal wirklich auf jede Stimme an. Je stärker die sozialdemokratische Partei im neuen Stadtverordneten vertreten sein wird, um so weniger ist zu befürchten, daß die Einheitsgemeinde zum Schandspiegel von bedenklichen sozialdemokratischen Experimenten gemacht wird, die unter den heutigen Umständen eine Gefahr für die Lebensfähigkeit Berlins werden müßten.“

Ebenso versuchen die Rechtssozialisten eine möglichst große Stimmenzahl auf ihre Liste zu vereinigen. Sie rechnen auf die Wahlmündigkeit und müßten nach ihrer schweren Niederlage fern einigen Trost aus einem Erfolg bei den Gemeindevahlen schöpfen. Deshalb müssen unsere Genossen und Genossinnen die wenigen Tage zur Kandidatur annehmen. Es kommt in der Tat auf jede Stimme an. Der 20. Juni soll wieder den Sieg der Partei des grundlegenden Sozialismus sehen, den Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie.

## Bürgerturn und Stadtverordnetenwahl.

Der „Totalanzeiger“ richtet an seine Leser einen Appell, am Sonntag gegen uns zu wirken. Er schreibt:

„Groß ist die Verantwortung, die der bürgerliche Groß-Berliner trägt, der am Sonntag an der Wahlurne steht. Mit Zurechnungen muß gerade werden, um die Stimmigen aufzurufen, die ihre eigene wirtschaftliche Existenz durch ihre Unterlassungshandeln untergraben. Ist es nicht ein Skandal, daß Kinder die Parteiversteher der Rechtssozialisten sind, während die Sozialisten erwachsene Männer und Frauen für diesen wichtigen Posten stellen? Die Reichstagswahl hat in dieser Richtung den selben Eindruck hinterlassen. Sollen etwa Gründe daran, um diese Ehrenpflicht der Jugend abzunehmen. Wo ist die erwachsene nationale Jugend? Söhne und Töchter des alten Berlin, die ihr diese Stadt liebt, tut am 20. Juni eure Schuldigkeit!“

Demgegenüber können wir nur sagen: Arbeitendes Volk, Männer und Frauen! Tut am Sonntag eure Pflicht. Wählt die Gegner nicht triumphieren.

## Die Parteifunktionäre Groß-Berlins der U. S. P. v. zur politischen Lage. Einstimmiges Einverständnis mit der Haltung der Parteiführung.

Die Parteifunktionäre der U. S. P. von Groß-Berlin und Berlin-Brandenburg nahmen gestern abend in einer Saal über die Verlesung im Reichstagsgebäude den Bericht des Parteivorstandes über die Stellungnahme des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur

### Frage der Regierungsbildung

entgegen. Crispian führte aus: In bürgerlichen Kreisen, aber auch in den Kreisen der Arbeiter hat man zu der gegenwärtigen Regierungspolitik in kurzfristiger Weise die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands völlig verlassen. Diese Kreise sind sich nicht im klaren darüber, daß unsere Partei dazu berufen ist, durch Einsetzung einer klaren Arbeiterpolitik die Verwirklichung des Sozialismus zu ermöglichen.

Durch Bekämpfung des Kapitalismus können wir nur zur Milderung des Sozialismus kommen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Die Grundzüge des Sozialismus müssen wir auch in unserer ferneren Politik aufrechterhalten. Nur und ist es klar, daß wir unsere Forderungen, die wir im Programm festgelegt haben, nur verwirklichen können, wenn das Proletariat in seiner organischen Entwicklung so weit gediehen ist, daß es reif ist, die politische Macht zu ergreifen. Die Gewinnung der politischen Macht hängt davon ab, wie weit das Proletariat in der Lage ist, sich die politische Macht zu sichern. Wir wissen aber auch genau, daß diese Fragen nur international zu lösen sind. Die Weltwirtschaft muß international zusammengeführt werden zur Allgemeinwohlstand zum Wohle der arbeitenden Massen.

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir den grundlegenden Klassenkampf zu führen haben. Wir als unabhängige Partei haben die Aufgabe, die den Sozialisten in der Reichstagswahl niemals aufzugeben. Die Rechtssozialisten haben zweimal diesen Grundlag, der von den Sozialisten seit Jahrzehnten vertreten wurde, vertreten, das erstmalig bei Ausbruch des Krieges, das zweimal zu Beginn der Revolution. Die Genugtuung können wir feststellen, daß die Arbeiterklasse sich mehr und mehr zu unserer Auffassung, d. h. zum revolutionären Sozialismus bekennt. Bei den letzten Reichstagswahlen zeigte sich das mit aller Deutlichkeit. Während bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Rechtssozialisten und Demokraten das Gros der Wählermassen für sich gewinnen konnten, haben sich jetzt die Wählermassen nach rechts und links entzweit. Den Rechtssozialisten war es infolge ihrer reicher Mittel, mit denen sie den Wahlkampf führen konnten, ganz besonders durch die planmäßig durchgeführte Propaganda möglich, die deutschen Wählermassen irrezuführen. Anherberst muß aber festgestellt werden, daß die proletarischen Wähler durch ihr verstärktes Massenbewußtsein sich für den revolutionären Sozialismus für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei entschieden haben.

Durch die Beteiligung der Rechtssozialisten an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ist der Sozialismus schwer kompromittiert worden. Die politische Wenigkeit gesuchte Wählerkraft, ganz besonders auch gewisse Beamtenkreise nahmen nach den Wahlen zur Nationalversammlung an, daß die von der Regierung betriebene Politik eine sozialistische sei, da ja die Sozialdemokraten in der Regierung eine ausführenden Rolle spielten. Das Klassenbewußte Proletariat ist sich aber darüber klar geworden, daß die Sozialdemokraten als Regierungspartei keine Klasseninteressen zugunsten der bürgerlichen Parteien vertreten hat. Sie haben die Demokraten in ihrem Kreise unterstützt, daß unter der Flagge Schwarz-rot-gold der Kapitalismus unter dem Schutz der bürgerlichen Republik gestellt wird. Die Politik der Rechtssozialisten geht nun dahin, den Unabhängigen die Schuld dafür aufzubürden, daß jetzt eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt. Wir müssen diese Politik als Scheitertaktik bezeichnen. Sie wenden diese Taktik an trotz der Niederlage vom 8. Juni, von der sie doch mindestens so viel gelernt haben müßten, jetzt eine klare Arbeiterpolitik zu treiben. Wir halten bereit vor den Wahlen in unserem Partei- wie auch Wahlprogramm unsere klare prinzipielle Stellungnahme darzulegen. Es war den Rechtssozialisten und mußte auch dem Reichstagsabgeordneten Müller bekannt sein, daß für uns ein Günstigen in einer Koalitionsregierung unmöglich ist. Es war deshalb ganz überflüssig, daß Müller erst mit dieser Aufforderung, in die Regierung einzutreten, zu uns kam. Man gebrauchte diesen Trick aber, um vor der Öffentlichkeit damit erweisen zu können, daß die Unabhängigen die Interessen der Einheitsgemeinde vertreten haben. Das ist unzulässig, als es Herrn Müller auch bekannt war, daß die bürgerlichen Parteien sich bereits vorher abhängig gemacht hatten, unter keinen Umständen das Programm der Unabhängigen anzuerkennen, ja, sie lebten es sogar grundsätzlich ab, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden.

Für den Parteivorstand war aus all diesen Gründen die Situation ganz klar, und es war eine Selbstverständlichkeit für uns, das Ansehen Müllers abzulegen. Wir haben gar keine Veranlassung, die Scheitertaktik der Rechtssozialisten nachzugeben. Daß die Rechtssozialisten nach unserer Wahl ebenfalls eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, ist weit wichtiger als eine Kommode; denn sie lehnen die Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht wie wir grundsätzlich ab. Sie wollen auch nicht in grundsätzliche Opposition zu der neuen Regierung treten, sondern wollen, eine sogenannte „wohlwollende Neutralität“ über. Wenn uns die Rechtssozialisten jetzt Rappell an Mut vorwerfen, weil wir es nicht gewagt hätten, uns an einer bürgerlichen Koalition zu beteiligen, so können wir die Tatsache konstatieren, daß sie nicht den Mut erhebt haben, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, trotz der wir wissen mußten, daß der Schwerpunkt des deutschen Volkes im Proletariat liegt.

Wir als Unabhängige Sozialdemokratische Partei haben eine historische Mission übernommen, und werden sie ausführen müssen. Wir richten unseren Blick in die Zukunft und können uns weder von Wahlerfolgen noch von Wahlniederlagen von unserer grundsätzlichen Haltung abbringen lassen. Wir sind und werden es bleiben, daß unser Programm sich niemals vermindern läßt, wenn wir eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingehen. Nur der ringende Klassenkampf kann die Verwirklichung des Sozialismus bringen, und nur wenn der Sozialismus befreit ist, wird sich der Sozialismus verwirklichen lassen. (Einzelkritik.)

In der Diskussion untertrifft die Diskussionsredner die Ausführungen des Genossen Crispian.

Nach einem kurzen Schlusswort Crispians beendete die Versammlung einstimmig, das Verhalten des Parteivorstandes, ihr ablehnende Stellung zur Regierungsbildung sei gut zu heißen und in den Parteikreisen in jeder Form zu unterstützen.

# Preiswerte Lebensmittel

Spinat ..... Pfund 35 Pl.	Jg. Zwiebeln m. Lauch . . . Pfund 30 Pl.	Fr. Spargel 1. Sorte, Pfund 2 <sup>25</sup>	Gr. Vollheringe . . . Stck 95 Pl.
Jg. Kohlrabi Pfund 60 Pl.	Grüne Gurken . . . Stck 2 <sup>75</sup>	Johannisbeeren . . . Pfd 2 <sup>00</sup>	Räucherheringe . . . Stck 1 <sup>10</sup>
Jg. Schofen . . . Pfund 1 <sup>20</sup>	Jg. Mohrrüben m. Kr. . . . Pfund 85 Pl.	Blaubeeren . . . Pfund 2 <sup>95</sup>	Kaffee gebrannt . . . Pfund 23 <sup>50</sup>

1915er Montagna - Naturrotwein 1/4 15 <sup>00</sup> 10 Pl. 145 <sup>00</sup>	1915er Oberhaardter Maikammerer 1/4 17 <sup>50</sup> 10 Pl. 170 <sup>00</sup>	Original- Vermouth di Torino Martini & Co., Turin V. 30 <sup>00</sup> 5 Pl. 145 <sup>00</sup>
---	--	--

Preise ohne Flasche und Steuer. Steuerzuschlag 20%

## HEERMANN

Deutscher Weinbrand-Kognak und Jamaika-Rum-Verschnitt (5 Flaschen 240.-) 1/4 Flasche 48<sup>75</sup>

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne**  
4 Uhr: Die Ritter von Lohaus.  
Neues Volkstheater  
Königlicher Str. 98.  
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge.

**Staatstheater**  
Opernhaus  
Anfang 7 Uhr.

**Rheingold**  
Schauspielhaus.  
Anfang 7 Uhr.

**Kronprinz**  
Girchhof  
Carl Heinrich - und. Szenario  
Theater 1. d.

**Röniggrätzer Straße**  
Heute: Geschlossen.  
Morgen: 2. u. ersten Male:  
**Geständnis**  
mit Leonie Hillrich, Ludwig  
Hanna, Theodor Becker, Frida  
Richard, Elsa Nasa, Dora  
Schiller, Ernst Heimer,  
Felix Rosset.

**Komödienhaus**  
20. Die Reisel d. Mädchenzeit.

**Berliner Theater**  
7 Uhr: Der letzte Waizer  
Großes Schauspielhaus  
Karlstraße  
Freitag 7 Uhr: L. v. Strata  
(U. Abt. IV. Abend.)

**Deutsches Theater**  
Tahau.

**Kammerpiele**  
Büchse der Pandora.  
Kleines Schauspielhaus  
Leibnizstr.

**Theater der Westens**  
Goldene Ritterzeit

Staatliches Schauspielhaus  
Operetten-Gastspiel  
Leitung: Gustaf Bergmann  
Vom 1. Juli bis 15. August  
Die  
**Strohwitwe**  
Operette in 3 Akten von August Reibhardt  
Musik von Leo Blech  
Souborleiter:  
Sera Schwarz :: Franz Grob  
Geit Wirtl

**Berliner Prater**  
Kastanien-Allee 7-9  
12 Variété-Sensationen 12  
In der **Großer Ball**  
Tanz-Dale  
Anfang 15 Uhr.

**Wohlfahrt-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Kasernenluft.

**Sommertheater**  
„Groß-Berlin“, am Kuss's  
Hosenhölze 18  
Ab Mittwoch:  
**Försterchristel**  
ab 9 1/2 Uhr: Spätschlaf-Vorstellung.

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwalddüdel.  
Gartenküsse täglich;  
7 1/4 Uhr: Die Ficht am die Erde.

**Ehemaliges  
Voigt-Theater**  
Lützowstr. 58.  
Sommerbühne:  
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr  
Wieder ein Kämpfer  
abends 7 1/2 Uhr.  
Das Fräulein vom Amt

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Allabendlich  
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
Unüßersittliches  
Variété-Programm!

**Kammer-Theater**  
Lützowstr. 6 am Nollendorfplatz  
Telefon: Lützow 103.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Ficht am die Erde.

**UFA THEATER**

Die letzte Gala-Vorstellung  
des Zirkus Wolfson  
Sensations-Film in 6 Akten

„Pola Negri - Zyklus“  
Der gelbe Schein

Agnes Arnau  
und ihre drei Freier

Die Claudi von Geislerhof

Die Prinzessin  
von Neuirallen

Die Faust des Riesen  
I. und II. Teil

Höhenluft

Gelüste Ketten

Pro domo  
Schauspiel in 4 Akten mit Friedrich Föhler

Der Galeerensträfling  
II. Teil  
mit Paul Wegener

Die Katastrophe eines Volkes  
Schauspiel in 5 Akten

Wachplatz 100 / Untertage Berlin 4

**FEDER**  
1 Brunnenstraße 1  
Frankfurter Allee 280  
Kottbuser Damm 103  
Charlottenburg  
Behrenstr. 3

Elegante  
Herren-  
und  
Damen-Kleidung  
Sakko-Anzüge  
Kostüme, Kleider  
in größter Auswahl  
Teilzahlung  
gestattet.

**Botenfrauen**  
stellt sofort ein  
Spedition Lorenz  
Charlottenburg  
Wallstr. 68

**Botenfrauen**  
stellt sofort ein  
Spedition Werner  
Gredw. Alder Straße 28

**Stoffe**  
für Anzüge, gut und billig.  
Tuchlager Fritz Dierig,  
Alte Schönhauser Straße 311.

**Abessinier-Pumpen**  
für Laubengarten  
zum Selbstbestellen.  
Füllsauger,  
Gartenwasserpumpen,  
Seilzüge,  
Billigste Bezugs-  
preise. Uhr,  
Pumpen, Löcher  
erhält, billigere.  
Robert Klein,  
Friedrichstr. 10, Erd-  
geschoss, 2. Min. vom  
Schles. Bf., entfernt

**Alt-Papier,**  
altes geknülltes Papier,  
Zeitungen, Zeitschriften,  
Hefen, Skripturen etc.  
auch zu hohen Tagespreisen  
Fritz Seydlitz,  
Reinhold, Hermannstr. 4  
Telefon: 1000/101/102/103.

**Parabellum-,  
Arnee-, Pistolen,  
Mauser-Pistolen, usw.,  
sowie Jagdwaffen kann  
zu höchsten Preisen  
V. DIEPKE,  
Kammandorferstraße 28.**

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.  
Zentrale Berlin, Eberhardstr. 37/38.

An die Mitglieder der Zentrale Berlin!  
Am Montag, den 21. Juni, nachmittags von 4-8 Uhr,  
findet für unsere Mitglieder eine

### Abstimmung

Über die vom Verbandstag vorgelegte Erwerbslosen-  
unterstützung bei Erwerbslosigkeit und Krankheit,  
Heiße, Umzüge- und Sterbenerstützung etc.  
Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich zahlreich an  
der Abstimmung zu beteiligen. Die Höhe der vorge-  
schlagenen Unterstützungen finden die Mitglieder im  
Nr. 2 der Hochzeitung verzeichnet. Bemerken möchten  
wir dazu, daß eine Ermäßigung der Beiträge auch bei  
Ablehnung der Unterstützungsfrage nicht erfolgen  
kann.  
Mitgliedsbuch oder -karte legitimiert; ohne das-  
selbe oder mit mehr als 8 restierenden Wochenbeiträ-  
gen kein Abstimmungsrecht.  
Die Abstimmung findet in folgenden Lokalen  
statt:  
Osten: Kopernikusstr. 14 im Lokal von Vorbeer;  
Reiniger Str. 1a im Lokal von Peter;  
Strehmannstr. 29 im Lokal von Kott;  
Nordosten: Grenzlauer Allee 43 im Lokal von  
Brandt;  
Südosten: Kaufherr Str. 53 im Lokal von Dorch;  
Mitschkestr. 24a im Lokal von Kar-  
cinowski;  
Neußölln und Südosten: Kottbuser Str. 19 im Lokal  
von Chlet;  
Nordwest: Hermannstr. 11 im Lokal von Flem-  
ming;  
Zentrum: Selbststr. 50 im Lokal von Wegener;  
Südwesten und Westen: Pulkammerstr. 9 im Lokal  
von Schick;  
Südwesten und Westen: Alexandrinenstr. 60 im Lokal  
von Gütler;  
Norden: Pringel-Allee 19 im Lokal von Linde-  
mann;  
Felsenwälder Str. 1 im Lokal von Witt;  
Brunnenstr. 79 im Lokal von Döhling;  
Nordwest: Marienstr. 18 im Lokal von Herz;  
Zentrum: 27 im Lokal von  
Wienhofer; Reher Str. 122 im Lokal von  
Charlottenburg; Rosinenstr. 3 im Volkshaus,  
Steglich; Schloßstr. 123.

Die Ortsverwaltung,  
J. K. Wilhelm Schumacher

### Wichtig! Damen-Konfektion! Wichtig!

(Mäntel, Kostüme).

### Mitglieder-Verammlung

am Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 14/15.  
Tagesordnung: Bericht und Stellungnahme zu der  
Verhandlungen mit den Arbeitgeber. Referent: Karl  
Wilhelm Schumacher.  
Mitgliedsbuch oder -karte legitimiert. Ohne dies  
oder mit mehr als 8 restierenden Wochenbeiträgen  
kein Zutritt.  
Die Branchenleitung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz: Berlin N 34, Ullrichstr. 83 85,  
Besitzzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1829, 1977, 9714.

Am Sonntag, den 20. Juni 1920, vorm. 10 Uhr  
bei Böfer, Weberstraße 17

### Verammlung

der Kammer- und Presseführer.  
Tagesordnung: Bericht über die Ein-  
gruppierung in Lokalkassen  
Die Ortsverwaltung.

**PREISWERTE  
ANGEBOTE  
SCHUHEN!**

**SCHUH-HAUS  
ERICH  
LEISER**  
Große Frankfurter Str. 702  
1. Etage am Scharfener Platz

Genossen! Werbt für die Freiheit!

**Platin**  
Bruch, Kontakte, Bronnstifte  
**Zahngelisse**  
Gold- u. Silberbruch, Bestecke  
kauft weit über Tageskurs  
**Metalleinkauf West  
Berger & Knack**  
Wilmsdorf, Pariser Str. 49, II. Etage  
in der Ullrichstraße. - Telefon: Ullrich 169  
Partei-genossen besonders empfohlen.  
Besitz Abschreibung für Händler und Zahngelisse.  
Kein Laden.

**Preise**  
zahlen wir Ihnen für  
Altpapier, Almetall, Altfelz und Flaschen,  
das Sie stets nur noch zu uns können.  
**F. & W. Seydlitz,**  
Metall- und Papierwarenhandlung,  
Klein-Tinkauf: Daria 8 50, Hermannplatz 4, Fernsp. Mpt. 7291-  
Häcker-Einkauf: He-He 50, 3. Ceyrystr. 35, Fernsp. Mpt. 742

## An unsere Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Die  
**Druckerei der „Freiheit“, G. m. b. H.,**  
Breite Straße 8-9, ist in vollem Betriebe.

Für geschmackvolle und sorgfältige Aus-  
führung werden wir Sorge tragen :: Kosten-  
anschläge usw. stehen jederzeit zur Verfügung.

Den Gewerkschaften u. unseren Organisationen  
ist jetzt Gelegenheit geboten, uns durch Er-  
tellung von Druckaufträgen zu unterstützen.

Die Geschäftsleitung.

Die U. S. P. und die 3. Internationale.

Dieselbe Verkennung der westeuropäischen, insbesondere der deutschen Verhältnisse, die aus den oft Punkten Sinowjows hervorgeht, ist auch charakteristisch für seine Beurteilung der Stellung der U. S. P. D. zur Internationale. Seine Liebeshörigkeit erreicht hier den Höhepunkt in den Worten, daß die „rechten Führer der U. S. P. D.“ auch in der Frage der internationalen Vereinigung des Proletariats eine „kleinbürgerlich feige Politik“ betreiben.

Worin bestehen die Vorwürfe, die unserer Partei in der Frage der Internationale von Sinowjew gemacht werden? Wir hätten nicht gegen jenen Reformismus angekämpft, der in der zweiten Internationale vorherrschte; wir hätten nicht den Kampf gegen die Arbeiter-Kristoffotie, gegen das Fünftertium in den Gewerkschaften aufgenommen; wir hätten nicht für die direkte und bedingungslose Unterwerfung aller Kämpfe und revolutionären Bewegungen der Kolonialvölker agitiert.

Sinowjew ist auch sehr empört darüber, daß Genosse Crispian in seiner Schrift über die Internationale „einem Friedrich Adler“ die Hand gestreckt hat; daß unsere Partei in ihrer Mitte einen Kautsky duldet; daß die U. S. P. D. auch nach dem Leipziger Kongress die „Freiheit“ in den Händen des „Ergreifen“ Hülferding gelassen hat.

Doch wichtiger als dies alles ist die völlig falsche Beurteilung der Haltung unserer Partei in der Frage der Internationale, die aus den weiteren Ausführungen Sinowjows spricht. Es wird uns vorausgeworfen, daß wir den Leipziger Beschluß „lobotomierten“ und den Versuch machten, eine vierte, eine Bastard-Internationale, zu gründen.

Der Sternsteinhof. Roman von Ludwig Anzengruber. XXII. Ronale herrlichen, der alte Sternsteinhofer und die junge Sternsteinhoferin sitzen einander, sich nicht suchend, noch meidend, ungezählte Male über den Weg; wohl bemerkte er den mißgünstigen Blick, der ihn bei jeder Begegnung seitwärts streifte, ohne daß es ihn zum Nachdenken brachte, wie derselbe stets gleich unverändert blieb, selbst als er offen ein immer höhmisches Gesicht dagegen kehrte.

Nutzen, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder sofort in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenstoß herbeizuführen und die Schaffung einer aktionsfähigen geschlossenen proletarischen Internationale zu ermöglichen. In Ausführung dieses Auftrags hat unsere Partei, mit allen in Frage kommenden Parteien der anderen Länder, sowie auch mit Vertretern der dritten Internationalen Verhandlungen geführt, die einen solchen Zusammenstoß herbeizuführen sollen.

Doch damit dieser Prozeß einen befriedigenden Abschluß findet, ist es notwendig, an die Stelle der von kommunistischer Seite betriebenen Sabotage der internationalen Arbeiterbewegung eine tiefere, differenziertere Auffassung der Pflichten, Rechte und Aufgaben der einzelnen Sektionen der Internationale zu setzen. Für uns gilt es, nicht bloß den „Anschluß“ an ein internationales Bureau zu vollziehen, sondern die revolutionäre Kraft des gesamten internationalen Proletariats nach Möglichkeit einheitlich zusammenzufassen.

Die falsche Auffassung, als existieren auf einer Seite die schwachen kommunistischen Parteien, auf der anderen Seite die sozialrevolutionären, in der Mitte die Luft, aus der wir die Organisationen der Weltrevolution nach freiem Ermessen formieren könnten, hat nichts mit der Methode des Kommunismus zu tun. Er ist Resultat eines jugendlichen kommunistischen Ektierertums, dem es nicht so sehr darum geht, den wirklichen Kampf des Proletariats zu beeinflussen, als sich selbst Standbilder und Kapellen des wahren Geistes aufzustellen.

Ungewollt hat hier Nobel die blutigste Satire auf die Methode geschrieben, nach der das Antwortschreiben Sinowjows abgefaßt ist. Denn dessen Meinung ist es gerade, daß es sich der Auffassung hingibt, die Organisationen der Weltrevolution könnten nach freiem Ermessen in der Luft formiert werden.

operieren haben, sondern auf dem Boden der realen Wirklichkeit, auf dem Boden der anwachsenden proletarischen Bewegung aller Länder, die sich mehr und mehr auf dem Boden der Grundfrage stellt, die unser Leipziger Aktionsprogramm enthält. Diese Grundfrage, die im wesentlichen mit denen der 3. Internationale übereinstimmen, sind deshalb die gegebene Grundlage, auf der sich die Einigung des revolutionären Proletariats aller Länder vollziehen könnte.

Der Inhalt des Briefes von Sinowjew zeigt, daß dieser Gedanke auch ihm nicht fremd ist. Er spricht davon, daß auch das Exekutivkomitee der 3. Internationale bereit sei, die Erfahrungen der proletarischen Bewegungen in allen Ländern in Betracht zu ziehen, das Programm der 3. Internationale auf Grund der Theorie des Marxismus und der Erfahrung des revolutionären Kampfes in der ganzen Welt zu korrigieren und zu ergänzen.

Wir nehmen an, daß der Schwerpunkt auf diesen Satz zu legen ist und nicht auf den folgenden: „Wir lehnen aber entschieden jede Mitarbeiterschaft mit den rechten Führern der Unabhängigen und der Langzeitisten ab, die die Bewegung zurück in den bürgerlichen Kampf der gelben zweiten Internationale ziehen.“

Was dazu zu sagen wäre, geht aus unseren früheren Ausführungen hervor. Doch darauf kommt es jetzt weniger an. Die Hauptfrage ist, daß die verhandelnden Parteien, unter Anerkennung der inneren Selbstständigkeit der einzelnen Sektionen der Internationale, sich auf dem Boden eines gemeinsamen Aktionsprogramms zusammensuchen. Die Bereitschaft dazu ist bei unserer Partei wie auch bei unseren französischen und englischen Genossen vorhanden.

Prozeß Scheidemann-Sonnenfeld.

Der 3. Strafkammer des Landgerichtes fand gestern ein Verhandlung wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Ph. Scheidemann-Rosfel, statt. Angeklagt war der Kaufmann Hermann Sonnenfeld-Charlottenburg. Der Anklage lag folgendes Tatbestand zu Grunde:

Im Dezember v. J. wurde in der „Zukunft“ ein Brief des Sohnes des Beklagten, der damals in Gortem in Holland als Untersuchungsgefangener weilte, der schwere Anklagen gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann enthielt, veröffentlicht. In dem Brief, der an den Vorkämpfer des jungen Sonnenfeld gerichtet war, hieß es, daß Sonnenfeld zum wiederholten Male dem Kaufmann Fritz Henk, dem Schwager des Scheidemanns, Beziehungen darüber gekört habe, daß Scheidemann seinerzeit für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs Bräutigam ausgeht habe.

Er sei bereit, durch Eid zu erklären, daß ihm jeizergest im Reichstag von einer dem damaligen Ministerpräsidenten

„Wohin? Wohin?“ „In d' ichone Stub'n, wo s' ehnder a'west is und wo s' hino'ht, wie d' Wänerin sich hat verhalten lassen.“ „Gut sie sich?“ lachte der alte Sternsteinhofer grimmig. „Und hilt sieh's dort?“ Rathel nickte. „Soll a kurze Freund' a'west sein. Wie ich h'nauf komm', werd' ich der laubern Wänerin mein' Meinung sag'n und heut' noch, hilt gleich an der Stell', muh mer all's wieder in allen Standl' Und d's vier Deppen“, was blindlings an fremd's Eigen d' Sand anleg'n, d's will ich ordentlich kühnregeln, daß s' an mich denken soll'n, wie können sie sich untersteh'n —?“

„Schau', hab' a' Einseh'n, 'm Wasil, dem armen Gascher, is' mit der ganzen Eisenkammer'n auf'm Fuß g'fall'n, brüllt hat er wie a' Dohs und einbeinket hab'n s' 'n vom Fleck g'führt.“ „Sehebe! Hat einer dabei was ab'kriegt? Das is mir lieb, und leid, daß s' nur der eine war! Sehebe, der wird sich's d'ermerten! Mein' schon auch, wann einer mit 'm Häusel unter paar Pentner g'rat't, daß er alle Engeln singen hört und hochplärrt, wann's auch nit so schön ausfällt. Sehebe! Schad't nix, so a Denzettel. Goh' krump, Lump! Sehebe!“

\*) Tepp = beschränkter Kopf. \*\*) Eisen.

Scheidemann sehr nachsichtigen Worte erwidert worden sei, Scheidemann und Marx hätten 100.000 Mark für die Ermordung der beiden Reichstagsführer bereitgestellt;

2. daß er in der Lage sei, den Beweis dafür zu erbringen, daß aus Mitteln des Regiments „Reichstag“, die später vom Reich gebedet seien, nach seiner Schätzung 100.000 Mark für die Propaganda der S. P. D., anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung und auch früher schon gezahlt worden seien.

In der heutigen Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Schulze leitete, war der Anwalt durch Rechtsanwalt Grünbach vertreten. Die Anklage lag in den Händen des Staatsanwaltes Gerlach. Scheidemann, der auch als Nebenkläger auftrat, aber zur Verhandlung nicht selbst erschienen war, sondern sich kommissarisch hatte vertreten lassen, wurde durch Justizrat Werthauer vertreten.

Es erfolgt dann die Vernehmung des Angeklagten Sonnenfeld. In seiner Schilderung über seine tatsächlichen Differenzen mit Scheidemann trifft der Angeklagte bis auf die ersten Spartaistenwahlen zurück. Als damals im Reichstag eine Gruppe am Spitze der Regierung gebildet wurde, zu deren Organisation auch er, der Angeklagte, hinzugezogen worden sei, habe er Georg Marx kennen gelernt. Als er gegen die Formation, die er damals in der Reichstagstruppe bemerkt hätte, aufzutreten sei, habe ihm Georg Marx ein Gehalt von 2000 Mark angeboten. Das Angebot habe er abgelehnt. Inzwischen habe er durch Einsicht in Vollmachten, die Scheidemann Georg Marx gegeben hatte, erkannt, daß sich da Dinge abspielten, die das Licht des Tages zu scheuen hätten und die dem deutschen Volke Millionen kosten müßten. Er habe Georg Marx Vorhaltungen gemacht, dieser habe ihn jedoch gewarnt, etwas zu unternehmen, da er, Marx, über Leichen gehen würde. In einer Zusammenkunft von Personen, die mit Vorgängen innerhalb der sozialdemokratischen Partei unzufrieden waren, habe er dringend Scheidemann vor seinem Verkehr mit Marx gewarnt, sowohl im Interesse der Partei als auch dem Namen deutschen Volke.

Der Angeklagte schloß dann, warum er den Brief seines Sohnes, trotz der Warnung seines Rechtsbeistandes, ausgedruckt in der „Zukunft“ veröffentlicht habe. Denn, der Edelmörder Scheidemann, habe dem Angeklagten gegenüber behauptet, daß Scheidemann das Geld für die Ermordung Liebknechts und der Luxemburg zur Verfügung gestellt habe. Er habe nicht behauptet, daß Scheidemann die Prämie ausgezahlt habe, sondern lediglich behauptet, daß dem Kommando gegenüber gewisse Beziehungen seien. Im Reichstag sind im vorigen Jahre 66 Morde begangen worden. Den erklärte immer nur wieder: „Schafft und Liebknecht und die Luxemburg heran, und wir zahlen 100.000 Mark!“

Es wird der Zeuge Fritz Henz vernommen. Vorf.: Haben Sie jemals erzählt, daß Scheidemann und Marx auf den Kopf Liebknechts und Rosa Luxemburgs 100.000 Mark ausgezahlt haben? Zeuge: Nie und nimmer. In Berlin wurde damals viel von Liebknecht gesprochen und es mag wohl sein, daß auch ich mich an solche Gespräche über Liebknecht beteiligt habe. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß ich jemals gesagt haben könnte: Mein Schwiegervater oder Herr Marx hätten für die Befestigung Liebknechts und der Frau Luxemburg 100.000 Mark bereitgestellt. Wohl ist mir erzählt worden, daß im Reichstagsgebäude Plätze angekauft gewesen seien, in denen eine Belohnung für die Befestigung der genannten beiden Personen ausgesetzt wurde. Ich habe derartige Plätze aber nicht gesehen. A.-S. Grünbach: Ist es richtig, Herr Zeuge, daß Sie zu dem Kommando der Reichstagstruppe, dem Sohne des Angeklagten, gesagt haben: „Es seien je 50.000 Mark auf den Kopf der Frau Luxemburg und Liebknechts ausgesetzt worden. Und ist es ferner richtig, daß Sie selbst ein Kommando zusammenstellten und den Befehl gegeben haben, dieses Kommando sollte in einem Auto nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren, wo sich Frau Luxemburg befinden sollte, und daß Frau Luxemburg unterwegs an einem bestimmten Punkte zum Aussteigen genötigt und dabei erschossen werden sollte? Zeuge: Daran ist kein wahres Wort.

Auf Befragen des Justizrats Werthauer, ob der Zeuge die von der Verteidigung geladenen Zeugen, die ihn, den Zeugen, belasteten, kenne, erklärt der Zeuge Henz, daß der Zeuge Jakob Herrn Georg Marx gegenüber, der für die Angehörigen jedes Gefolges der Reichstagsgruppe 1000 Mark kisten sollte, die Zahl der Gefolgsleute auf 104 angegeben habe, während es in Wirklichkeit nur etwa 60 waren. A.-S. Grünbach: Der während der Kappzucht tödlich verunglückte Hauptmann v. Flug-Oarung hat mir wenige Tage vor seinem Tode erzählt, und der Bruder, der Kapitänleutnant v. Flug-Oarung hat es mir in einem Briefe erzählt, daß Sie, Herr Zeuge, während Ihres Aufenthaltes in einem Krankenhause dem dirigierenden Arzte gegenüber dieselben Behauptungen getan haben sollen, die der Angeklagte Ihnen vorwirft? Zeuge Henz: Ich habe nur einmal während des Krieges im Lazarett gelegen und bin nach dem Kriege niemals in einem Krankenhause gewesen. Staatsanwalt: Angeklagter, können Sie dem Zeugen Henz nach seiner Befragung Ihre Behauptungen ins Gesicht sagen? Angeklagter zum Zeugen Henz: „Nicht einmal, sondern dreimalig haben Sie gesagt, daß Liebknecht und Frau Luxemburg von der Reichstagstruppe erschott und hingerichtet werden sollen, und daß Scheidemann und Marx 100.000 Mark für die Befestigung ausgezahlt haben.“ Zeuge zum Angeklagten: „Das ist eine große Lüge.“ Der nächste Zeuge ist der jetzige Disziplinararbeiter bei der Berliner Stadtkasse Albert Wolff, der seinerzeit bei der Reichstagsgruppe persönliche Ordnung des Zeugen Henz gewesen ist. Vorf.: Wissen Sie, ob der Zeuge Henz gesagt hat, daß Scheidemann und Marx 100.000 Mark auf den Kopf Liebknechts und der Frau Luxemburg ausgezahlt haben? Zeuge: Das hat kein Henz jenseitig gesagt. Henz erzählt auch weiter, daß sein Schwiegervater Scheidemann zu ihm von dieser Prämie gesprochen habe. Die Auszahlung sollte, wenn ich nicht irre, in der französischen Straße sein. Justizrat Werthauer: Die Geldsummen von den Kapprämien sind offenbar von revolutionären Leuten erfunden worden, die sich in die Truppe einschleichen wollten, um dort eine Verwirrung hervorzurufen. Zeuge Henz: Ich bin in unserer Truppe keine Offiziere und keine,

an einem bestimmten Punkte zum Aussteigen genötigt und dabei erschossen werden sollte? Zeuge: Daran ist kein wahres Wort.

Auf Befragen des Justizrats Werthauer, ob der Zeuge die von der Verteidigung geladenen Zeugen, die ihn, den Zeugen, belasteten, kenne, erklärt der Zeuge Henz, daß der Zeuge Jakob Herrn Georg Marx gegenüber, der für die Angehörigen jedes Gefolges der Reichstagsgruppe 1000 Mark kisten sollte, die Zahl der Gefolgsleute auf 104 angegeben habe, während es in Wirklichkeit nur etwa 60 waren. A.-S. Grünbach: Der während der Kappzucht tödlich verunglückte Hauptmann v. Flug-Oarung hat mir wenige Tage vor seinem Tode erzählt, und der Bruder, der Kapitänleutnant v. Flug-Oarung hat es mir in einem Briefe erzählt, daß Sie, Herr Zeuge, während Ihres Aufenthaltes in einem Krankenhause dem dirigierenden Arzte gegenüber dieselben Behauptungen getan haben sollen, die der Angeklagte Ihnen vorwirft? Zeuge Henz: Ich habe nur einmal während des Krieges im Lazarett gelegen und bin nach dem Kriege niemals in einem Krankenhause gewesen. Staatsanwalt: Angeklagter, können Sie dem Zeugen Henz nach seiner Befragung Ihre Behauptungen ins Gesicht sagen? Angeklagter zum Zeugen Henz: „Nicht einmal, sondern dreimalig haben Sie gesagt, daß Liebknecht und Frau Luxemburg von der Reichstagstruppe erschott und hingerichtet werden sollen, und daß Scheidemann und Marx 100.000 Mark für die Befestigung ausgezahlt haben.“ Zeuge zum Angeklagten: „Das ist eine große Lüge.“ Der nächste Zeuge ist der jetzige Disziplinararbeiter bei der Berliner Stadtkasse Albert Wolff, der seinerzeit bei der Reichstagsgruppe persönliche Ordnung des Zeugen Henz gewesen ist. Vorf.: Wissen Sie, ob der Zeuge Henz gesagt hat, daß Scheidemann und Marx 100.000 Mark auf den Kopf Liebknechts und der Frau Luxemburg ausgezahlt haben? Zeuge: Das hat kein Henz jenseitig gesagt. Henz erzählt auch weiter, daß sein Schwiegervater Scheidemann zu ihm von dieser Prämie gesprochen habe. Die Auszahlung sollte, wenn ich nicht irre, in der französischen Straße sein. Justizrat Werthauer: Die Geldsummen von den Kapprämien sind offenbar von revolutionären Leuten erfunden worden, die sich in die Truppe einschleichen wollten, um dort eine Verwirrung hervorzurufen. Zeuge Henz: Ich bin in unserer Truppe keine Offiziere und keine,

die mit dem Generalstab in Verbindung standen. Ich wollte sie gerne heraus haben, aber mein Schwiegervater und Marx hinderten mich daran.

Als nächster Zeuge wird aus der Untersuchungshaft der Kaufmann Ernst Sonnenfeld vorgeführt, welcher während des Krieges beim Regiment „Reichstag“ war. Er erklärt: Dem kam eines Tages zu mir in die Kassenstube und gab bekannt, daß dem Kommando 50.000 Mark ausgezahlt werden sollten, der Liebknecht aber Frau Luxemburg sei in den Reichstag bringen würde. Vorf.: Wie verhielten Sie sich? Zeuge: Das war doch wohl deutlich genug. Trotzdem möchte ich mich befragen an Georg Marx. Vorf.: Sagte Henz, daß dieser Auftrag von Scheidemann ausging? Zeuge: Nein, aber ich hatte das Gefühl, daß der Auftrag von dem Henz kam, denn Henz stand damals in telephonischer Verbindung mit Scheidemann. Zeuge Sonnenfeld: Henz sagte mir, er würde sich freuen, wenn Liebknecht und Luxemburg totgeschlagen würden. Er selbst würde 50.000 Mark dafür zahlen. Wegen der Auszahlung der Prämie möchte ich mich nun an Georg Marx wenden. Ich habe Henz den Auftrag richtig gegeben. Henz sagte mir, ich solle einen Augenblick aus dem Zimmer herausholen, er werde dann die Prämie ausgeben. Als ich wieder in das Zimmer kam, sagte er: „Jawohl, es stimmt!“ Später wurde ich mit dem Henz, dem Sohn Georg Marx, bekannt, den wir auch kennen. In der

Handlung mit Scheidemann 100.000 Mark ausgezahlt wurde. Henz: Wissen Sie etwas von dem Kommando, das Liebknecht aus dem Gefängnis holen sollte? Zeuge: Jawohl. Dem kam eines Tages zu mir und sagte, ich solle

mit einem Kommando nach dem Gefängnis Moabit fahren und dort Frau Luxemburg abholen. Wir kamen in das Gefängnis, fanden sie aber nicht und wurden uns umhergeführt vom Regiment Liebe verhaftet, da man uns für Spionisten hielt. Wir hatten den Auftrag Frau Luxemburg tot zu schlagen. Staatsanwalt Gerlach: War denn ein solcher Auftrag für den Kommando des Regiments nicht merkwürdig? Zeuge: Die ganze Truppe war doch merkwürdig genug. Wir sollten Frau Luxemburg mit dem Auto von Gefängnis Moabit abholen. Der Henz erklärte, sollte das Auto halten und dann — Schluß Vorf.: Am nächsten Tage? Zeuge: Es war doch noch. Der Auftrag war allen Zeugen bekannt, die dabei waren. Der Zeuge Henz erklärt von alledem nichts zu wissen.

Der nächste Zeuge, der Kaufmann Jacobi, der ebenfalls beim Regiment „Reichstag“ Dienst getan hat, erklärt, daß Henz ihm eines Tages im Oberhof folgendes gesagt habe: „Vor allen Dingen müssen wir Liebknecht, die alte Frau, und Rosa Luxemburg, die alte Hühner, um die Erde bringen.“ Einem Tage sei Jacobi ins Zimmer gekommen, als Henz sich alle Hülfswörter angeeignet habe. Auf die Frage Jacobi erklärte Henz: „Ich gehe jetzt nach dem Hofen, sehe zu, was die Spionisten machen und verbringe mir das Geld für Liebknecht selber.“ Zeuge Henz: Dieses Thema hat sich erst ereignet, als Liebknecht schon tot war. Rechtsanwalt Grünbach: Was haben Sie denn gemacht, als Sie sagten, Sie wollten nach dem Hofen gehen? Henz: Wir gingen zu dem Henz nach dem Hofen, wo die Regierungstruppen sich schützlich hielten, und sahen uns dort im Einverständnis mit beiden Parteien die Situation an.

Hieraus wird der 44jährige Kaufmann Georg Marx vernommen. Vorf.: Sie sollen mit Scheidemann zusammen auf den Tod Liebknechts eine Belohnung von 50.000 Mark ausgezahlt haben? Zeuge: Das ist nicht wahr. Vorf.: Haben Sie mit Herrn Scheidemann darüber gesprochen, daß eine Belohnung ausgezahlt werden sollte? Zeuge: Daraus kann ich mich nicht erinnern. Es wird dann die Aussage des Nebenklägers Scheidemann-Kasse verlesen, in der dieser unter seinem Eide mit aller Entschiedenheit bezeugt, niemals direkt oder indirekt eine Belohnung für die Tötung Karl Liebknechts und Frau Rosa Luxemburg ausgezahlt zu haben.

Staatsanwalt Gerlach führte in seinem Plädoyer aus, es liege kein Beweis dafür vor, daß tatsächlich Prämien für die Ermordung Liebknechts und der Frau Luxemburg ausgezahlt worden seien. Er beantragte eine Geldstrafe in Höhe von 1000 Mark. — Justizrat Werthauer begründete seine Auffassung über den Standpunkt des Nebenklägers. Der Staatsanwalt sei viel zu niedrig. — Rechtsanwalt Grünbach führte zugunsten des Angeklagten aus, daß dieser durch die Beschimpfungen seiner Gegner in der Presse erst gewagt und herausgefordert worden sei. Wenn man einem Revolutionsführer, und als solcher sei Scheidemann zu betrachten, nachsage, er habe sich mit Gewalt und durch Gefährdung in den Besitz seiner Macht gesetzt, so sagt man diesem Manne ein Hoch nicht, was gegen die Gerechtigkeit verstößt. Die Revolution verleihe nicht unbedingte Achtung der Macht, sondern zur Erhaltung der Macht ist das Blut geflossen. Revolutionäre haben die revolutionären Führer die Leute, welche lehrte die Berliner Zeitungen befechten, nicht durch den Staatsanwalt befechten lassen, sondern sie haben sie durch die ihre bewaffneten Anhänger vertrieben, wobei Blut floß. Der Revolutionsführer Scheidemann bleibe es für sein Recht, Blut fließen zu lassen. Ein Revolutionsführer kann sich nicht wohl nicht beirrt fühlen, wenn man ihm revolutionäre Handlungen nachsagt.

Das Urteil des Reichsgerichts auf zwei Monate Gefängnis wegen Beleidigung nach § 186 und 200 des Strafgesetzbuches und Tragung der Kosten. Dem Nebenkläger, Oberbürgermeister Scheidemann-Kasse, wurde die Belohnung zugesprochen, den erlangenden Teil des Urteils binnen zwei Wochen im „Vormärz“, in der „Freiheit“, dem „Berliner Tageblatt“, des „Deutschen Volkswort“ und der „Täglichen Rundschau“ zu veröffentlichen.

## 10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Am Montag, den 18. Juni, begann im „Deutschen Hof“ in Nürnberg die 10. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ihre Arbeit. Diese Generalversammlung ist seit dem Jahre 1918 die erste ordentliche Hauptversammlung nach Ausbruch des Krieges und der Revolution. Die Kriegsdauer in Nürnberg im Jahre 1918 kann als wertvolle Generalversammlung nicht angesehen werden. Das Schwergewicht der Aufeinanderbeziehungen wird sich weiterhin auf die Fragen der Tarifgemeinschaft und des Industrieverbandes beziehen. In beiden Fragen stehen sich zwei klar gezeichnete Auffassungen gegenüber.

Verbandsvorsitzender Reich erklärte die Generalversammlung und begrüßte die erschienenen ausländischen Delegierten und die Delegierten der Mitgliedsverbände. Dabei teilte er mit, daß der französische Buchdruckerverband die Nichtbesetzung der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker mit materiellen und moralischen (1) Gründen rechtfertigt.

Nach einer längeren Geschäftsberichtsbesprechung wurde ein Antrag auf Hingabe der Geschäftsberichte im Tarifamt bei der Behandlung tariflicher Fragen mit 72 gegen 50 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, kein Protokoll von den Verhandlungen der Generalversammlung zu brauchen, wurde abgelehnt.

Büchler-Preisig legte der Generalversammlung den Entwurf in die Tagesordnung eine Kompatibilitätsresolution vor, die die politische und politische Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich geklärt wird, in der weiter gegen die Grenz der unzureichenden Fortschrittspolitik protestiert wird bis hin zur Durchführung des Votums Ungarns von den Buchdruckern verlangt wird. Diese Resolution ist in der Verlesung auf hartem Widerspruch. Nach längerer Debatte wurde eine Kompatibilitätsresolution eingelegt, die diese Resolution umändern und neu vorlegen soll. Die Opposition wählte auf dem Votum der Delegierten Resolution.

Verbandsvorsitzender Reich erklärte nunmehr den Bericht über das Geschäftsjahr 1919.

Er behandelte eingehend die Tarifbewegungen. Während früher der Tarifkampf oft jahrelang nicht zusammenbrach, mußte er im abgelaufenen Jahre vielmals zusammenbrechen und werden, um zu der allgemeinen Lage wie zu den Lohn- und Tarifierungsverhältnissen Stellung zu nehmen. Weiter ging weiter ein auf den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und auf den Internationalen Gewerkschaftsbund 1919. In Nürnberg wurde September fand dann in Luzern der erste internationale Buchdruckerkongress nach dem Streikausbruch statt. Die Delegierten der im graphischen Gewerbe schwebenden Gewerkschaften trafen im Jahre 1919 mehrmals zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Diese Beratungen führten zu dem Ergebnis, daß sich die vier größten graphischen Verbände am 18. November 1919 zu einem europäischen Bund zusammenschließen. Der große Bund soll nach Auffassung der

und zertrennten Gewerkschaften. Er von die Vorzüge sein für den graphischen Industrieverband. Nach den Angaben über die Mitgliederbewegung hat sich der Mitgliederbestand im Berichtsjahre um 20.801 Mitglieder gehoben. Von den zum Berichtsjahre eingezogenen Kollegen fehlten immer noch rund 5500, über deren Verbleib jeglicher Anhalt fehlt. Die Liste der Kriegsoffiziere umfaßt rund 8000 Mann, ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Papiermangel wirkten sich stark auf den Arbeitsmarkt in graphischen Gewerbe. Die Arbeitslosigkeit erreichte eine beträchtliche Höhe und betrug im ersten Quartal 18 Prozent. Im Berichtsjahre wurden 168.04 Arbeitslosengänge gezählt, die einer Arbeitslosigkeit von 0,7 Prozent im Jahresdurchschnitt entsprechen. Die Abschreibung der Verbandskasse betrug am 31. März 1920 einen Vermögensbestand von 18.043.087,07 Mark. Die Einnahmen betragen vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 17.812.955,42 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden allein 1.070.081,08 M. verausgabt.

In seinem Bericht beherrschte Reich die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsrat eingehend. Reich erklärte, so sei das zum guten Teil mit der Schuld des Reichsarbeitsministers Schlieke, der selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, nicht so für die Interessen der Arbeiter einzutreten, wie man das von ihm erwarten müßte. Der Redner wendete sich gegen die wilden Streiks, die in den verschiedensten Orten zum Ausbruch kamen und betont, daß die Generalversammlung diesen Ausbrüchen einen Riegel vorziehen müsse. Die Streikbewegungen, die verschiedentlich unter der Regierung Bauer-Rose herbeigeführt wurden, hoben den Mitgliedern schweren Schaden gebracht. Nach dem App-Buch haben eingehende Verhandlungen mit der Regierung über die Entschädigung der Verbandsmitglieder. Die Regierung Bauer sei abgetreten, jetzt sei mit der Regierung Müller weiter verhandelt worden und vor 14 Tagen der Beschluß gekommen, daß das möglichst getan werde zur Befriedigung der Beschäftigten. Nun sei auch die Regierung Müller wieder zurückgetreten und man wisse nicht, ob es nun überhaupt noch zu einer Entschädigung kommen werde. Während des App-Buches habe der allgemeine Gewerkschaftsbund etwas getan, was nicht in den Statuten festgelegt gewesen wäre, aber die Grundgesetze der Revolution sichern und deshalb als ein den Kampf einstellen müssen. Diese Teilung der einzelnen Organisationen begünstigt worden. Die Zahl der Streiktagelöhne sei durch die Regierung, die die Streik zur Unterbrechung der Produktion geübt worden wäre. Die Regierung habe jedoch nichts getan. Die Generalversammlung habe zwar Verhandlungen gemacht, doch seien auch diese nicht eingehalten worden.

Redner geht dann weiter auf die Mitarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft ein. Die Arbeit dort sei nicht erfolgreich und Gruppierungen sei für die Arbeiterkraft noch nicht herausgefunden. Der Organisationsvertrag mit dem Unternehmerverband sei am 1. Januar 1919 ausgefallen worden. Der Vertrag bestimmte die gegenseitige Haftbarkeit der Organisationen bei Streiks.

Redner machte dann längere Ausführungen über die Opposition im Verband. Es sei zu einer bestimmten Organisation derselben gekommen. Sie habe sich ein eigenes Organ geschaffen, das allerdings nicht nur für die Buchdrucker, sondern für das gesamte graphische Gewerbe gelte. Wegen dieser Vorgänge seien an den Verbandsvorstand eine ganze Anzahl Anträge gestellt worden, die zu einem naturmäßigen Verfahren auszuführen. Da der Verbandsvorstand in der Bildung der Opposition einen Ausdruck der gütlichen Zeit erblickt, habe er es nach eingehender Besprechung abgelehnt, in diesem Sinne vorzugehen. Es werde mit der gewalttätigen Unterbrechung nicht abgehört. Die Generalversammlung werde in eingehender Weise die Vorgänge behandeln müssen, jedoch sei auch der Verbandsvorstand der Auffassung, daß auf die Dauer ein solches Organisationsgebilde im Verband keinen Platz habe. Der Verbandsvorstand wünsche, daß wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werde. Im übrigen habe der Verbandsvorstand seine ganze Kraft eingesetzt, um die Wünsche der Kollegenchaft zu befriedigen. Wenn das nicht immer gelungen sei, so liege das nicht an dem Verband, sondern an den schwierigen Verhältnissen. (Beifall.)

Die Aussprache eröffnete Rott-Berlin (Opposition). Redner geht ein auf den Unfrieden während des Krieges und auf das Verhalten der Gewerkschaften, die die Massen an das Messer des Militarismus referierten. Auch die Politik der Gewerkschaften nach dem Krieg sei für das Proletariat schädlich gewesen. Die Arbeitsgemeinschaft habe zur Preisgabe der Revolution geführt. In dem Bericht des Verbandsvorstandes werde immer nur die Tätigkeit der Führer hervorgehoben, von den Massen jedoch, die das Fundament der Organisation bildeten, sei wenig die Rede. In dem Betriebsratsgesetz erblickten wir ein Mittel zur strangulierung der Arbeiterkraft. (Beifall.) Seit dem 8. November habe sich nichts geändert. Es sei zu begehren, daß die Regierung die geforderte Anerkennung des Tarifvertrages abgelehnt habe. Etwas es die Regierung nicht anlassen, so hätten wir es tun müssen. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress habe dem Reichstag nicht Rechnung getragen. Wir sind mit der Art der Vertretung auf dem Kongress nicht einverstanden. Wir verlangen Wahl der Delegierten durch Wahl und nicht einfach die Befestigung der Kongresse durch die Instanzen. Der internationale Buchdruckerkongress war befehl dem allgemeinen Buchdrucker-Kongress-Geist, die Versammlungen waren allgemein. (Beifall.) Die Revolution des Korrespondenten habe Ermahnungen zur Mäßigkeit zu den sozialistischen Grundgedanken während des Krieges abgelehnt. Wenn man positiv arbeiten wollte, so sei notwendig die Wiedereröffnung aller nationalen Schranken. Der graphische Bund sei nicht so ungeschick gekommen, sondern er habe seine ganz bestimmten Ursachen. Welt der graphischen Arbeiter nach dem industriellen Zusammenbruch verlangten, müßten die Schranken geöffnet werden, um die Bewegung in das rechte Bett zu leiten. Die Streitigkeiten haben die Organisation nicht in dem Maße in Verfall gebracht, wie es notwendig gewesen wäre. Redner betont die Notwendigkeit seit dem Märzsystems und begründet die Tätigkeit der Opposition. Er legt eine Resolution zum Vorstandsvorstand vor, in der die Tätigkeit der leitenden Organe des Verbandes während des Krieges und nach dem 8. November 1918 beurteilt wird.

Büchler-Hamburg erklärt, die Hamburger Kollegenchaft sei über das Abkommen Unfrieden-Geist entrüstet gewesen. Die Organisationen wählten sich am Reichsarbeitsrat beizuliegen. Bei den Gewerkschaften harte Parteien herausgehoben werden. Aus dem Betriebsratsgesetz lasse sich viel herausholen.

Hilger-Beijing (Opposition): Sei dem App-Buch habe die Arbeitsgemeinschaft ähnlich verstanden. Die Unterbrechung haben jetzt den Tarif gekündigt und sich auf den einzig möglichen Standpunkt, nämlich den des Kampfes, gestellt. Redner geht ausführlich auf die Verhandlungen, die Leipziger Kollegen während des Verbotes der Leipziger Kollektive durch die Regierung mit dem Reichsministerium geklärt haben, ein und kennzeichnet die bedeutende Handlung des Berliner Gewerkschaftsleiters. In der Öffentlichkeit traten der „Korrespondent“ und die Verhandlung für die Preisfreiheit ein und hinterherum arbeitete man an der Arbeit.

Reichler-Berlin teilt die von Hilger vorgelegten Entwürfe mit. Reichler-Berlin (Opposition): Die Arbeitsgemeinschaft habe vor allem während des Krieges versagt und die Kollegen haben in Hungerkämpfen gelitten. Man habe Verhandlungen beantragt, um bessere Beschäftigung der Bürgerlichen Preise. Was nicht sei getan worden gegen die Lebensmittelpreise. Es waren die Buchdrucker bei den Streiks während des Krieges. Redner protestiert gegen die Bedingungen für die Preisfreiheit und weist darauf hin, daß das Betriebsratsgesetz

versteht sehr seine Opfer fordern. Wir führen den Streik nicht um des Streikes willen, wir dürfen aber auch vor dem Kampfe nicht zurückweichen.

**W. Bracht - Köln** verteidigt in längeren Ausführungen mit den bekannten Argumenten die Politik der Gewerkschaften während und nach dem Kriege und weist auf die Schikanierung der deutschen Gewerkschaften durch die Besatzungsmächte im besetzten Gebiete hin. Er geht unter teilweisem, lebhaftem Widerspruch und lebhafter Zustimmung auf die Tarifgemeinschaft ein und rechtfertigt die Politik des Verbandes.

**W. Müller - Leipzig (Opposition):** Es ist die historische Schuld der Gewerkschaftsbureaucratie, daß sie auch in der Revolution den Kampf mit vorrevolutionären Methoden führen wollte. Unter lebhaften Unterbrechungen zeigt der Redner die Verderblichkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und Harmoniebulleien. Der Herr Müller hob gerade, daß der Verbandsvorstand nicht seine Auffassung den durch die Revolution bedingten Nowendigkeiten angepaßt habe. Das habe sich vor allen Dingen erwiesen bei der Frage der sogenannten Pressefreiheit und der Pressefreiheit während der Kapp-Tage. Die Situation sei völlig zerstört gewesen. Ein Teil der Kollegen sei der Meinung gewesen, es müßten alle Zeitungen stillgelegt werden, andere wieder waren vor Auffassung, daß die Arbeiterpresse erscheinen müsse. Dieses verabschiedete Verbot sei in seinen letzten Urteilen zurückzuführen auf die bürgerliche Anschauung über die Pressefreiheit überhaupt, wie sie von der Verbandsleitung und vom „Korrespondent“ genährt wurde. Ich werde Sie vor eine Entscheidung stellen, damit die Arbeiterkraft weiß, mit der Generalversammlung des V. d. D. über die Unterbrechung der Arbeiterpresse steht. Redner verliest eine Resolution über die Pressefreiheit, in der er betont, daß die Unterbrechung der Produktionsmittel im Bergbau durch wenige Kapitalisten in Wahrheit die Aufhebung der Pressefreiheit bedeute. Erst die Entziehung des Großkapitals und die Überführung der produktivsten Betriebe in den Händen der Arbeiterklasse in gesellschaftliches Eigentum bringe die tatsächliche Freiheit der Presse. Die nächste Generalversammlung des V. d. D. D. sollte deshalb beschließen: die Mitglieder des V. d. D. D. zu verpflichten bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung von revolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nur die Zeitungen her, die von den jeweils gewählten Kampfleitern der Arbeiterklasse als maßgebende Publikationsblätter gewählt werden. Unter Hinweis darauf, daß die vertriebenen Wahlen die Präzedenz zum kommenden Märzfest seien, fordert der Redner im Interesse der revolutionären Entwicklung eine klare Entscheidung und die Annahme seiner Resolution. (Beifall und Widerspruch.)

Hierauf erfolgt Schluß des ersten Verhandlungstages.

## Gewerkschaftliches.

### Achtung! Töpfer.

Der Schlosser Eugen Krüger läßt für die Firma Rabené, Jacob Söhne, Wallstraße 5-8, im Keller des Hauses Wallstraße 66, Ecke Engelauer, transportable Öfen bauen. Die Bezahlung entspricht bei weitem nicht den tariflichen Bestimmungen. Ein Ofen, der nach dem Tarif mit 68,70 M. zu zahlen ist, wurde mit 18 M. bezahlt; ein anderer mit Tarifpreis 108,12 M. wurde nur mit 100 M. bezahlt. Der Betrieb ist unter allen Umständen von organisierten Arbeitern zu meiden und ist vom Zentralverband der Töpfer gesperrt.

Der Vorstand der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

**Tarifverlängerung für die Glasklärer der Kreditgeschäfte.** Am 31. Mai hat der nach verbindlich erklärte Tarifvertrag für die Glasklärer der Kreditgeschäfte, welcher zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Verein der Berliner Waren- und Kredithäuser abgeschlossen war, ab. Bei der tarifrechtlichen Verhandlung war es möglich, den bisher bestehenden festen Lohn von 100 M. inkl. Feuerzulage auf 135 M. zu erhöhen. Weiter wurde die Gültigkeitsdauer der Empfehlungskarten von 6 Monaten auf 8 Monate erhöht. Die Tarifkommissionen und alle sonstigen Paragraphen des Tarifvertrages bleiben bestehen. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. September 1920. Die Einklassierer der einzelnen Kreditgeschäfte müssen nun darauf achten, daß in allen Geschäften diese neuen Lohnsätze bezahlt werden und sind alle die Geschäfte, wo sich die Arbeitgeber weigern, sofort dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelauer 14/15, zu melden.

**Graphisches Gewerbe.** Blad Nr. 6 ist erschienen und von Sonnabend nachmittags ab bei Baum, Stollschreiberstr. 47, abzuholen. Desgleichen sind dort die noch ausstehenden Beiträge für Nr. 4 und 5 zu begleichen.

Angehörige des Feuerwerk-Laboratoriums Spandau, die am 30. Juni entlassen werden sind und gemäß Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums Anspruch auf Urlaub haben, wollen sich bitte ab Freitag, den 18. Juni, beim Reichsrat des Feuerwerk-Laboratoriums zwecks Empfangnahme des Geldes melden.

## Groß-Berlin.

### Verbot für Sonntag!

Der Wahltag rückt näher. Am Sonntag soll die Entscheidung fallen, wer in Groß-Berlin ausschlaggebende Bedeutung haben soll. Die Zahl der Wähler ist verkleinert. Die Demokraten haben dafür gefordert, daß nicht jeder Reichstagswähler auch für Groß-Berlin wählen kann. Wer am 30. Mai noch nicht ein Jahr in einer Groß-Berliner Gemeinde seinen Wohnsitz hatte, ist vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das nötigt unsere Genossen zu doppelter Kraftanstrengung. Niemand darf am Sonntag fehlen... Das schöne Ausflugsgebiet darf nicht zur Vernachlässigung der Wohlfahrt führen. Die Wahl beginnt schon um 8 Uhr morgens. Da kann auch der, der etwa ausfliegen will, vorher seiner Pflicht genügen. Es gilt, die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an die Spitze zu bringen. Das kann geschehen, wenn unsere Genossen an Kampfreudigkeit nicht erlahmen. Die Gemeindevahlen am Sonntag entscheiden das Schicksal Groß-Berlins. Unsere bürgerlichen Gegner sind eifrig am Werke, ihren Einfluß zu mehren. Das geht auf Kosten der breiten Massen der erwerbsfähigen Bevölkerung. Wer die Interessen seiner Klasse wahren will, muß am Sonntag die

Liste der U. S. "

wähle

Keiner darf fehlen! Jede Stimme gilt!

### Die Wilmerdorfer Einwohnerwehr unter Waffen.

In der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung kam es am Mittwoch zu einer stürmischen Debatte. Die Rechtssozialisten hatten den Magistrat darüber interpelliert, warum die früheren Mitglieder der aufgelösten Einwohnerwehr ihre Waffen noch nicht abgegeben hätten. Bürgermeister Peters erwiderte darauf, die Regierung habe verfügt, daß nur diejenigen Waffen der Einwohnerwehr, die sich in den Depots befänden, an die Sicherheitspolizei abgegeben seien. (1) Dies sei auch erfolgt. Ueber die Waffen, die sich noch in den Händen der Einwohnerwehrglieder befänden, sei eine Verfügung noch nicht ergangen. Genosse Dr. Breilich erwiderte, daß nach, wozu die geheimen Zusammenkünfte dienen sollten, die bei einem Oberleutnant Graf Alen in der Pariser Straße von Zeit zu Zeit stattfänden. Der frühere Kommandeur der Wilmerdorfer Einwohnerwehr Hauptmann Wagner habe mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei Verhandlungen dahin getroffen, daß im Falle eines linksseitigen Einwohnereinsatzes in die Sicherheitspolizei wieder eingegliedert werde und sich unter ihr Kommando zu begeben hätte. Es sei weiterhin vereinbart worden, daß die strengste Disziplin am Platz wäre. Der Stadtverordnete Fabian (Freie Vereinigung) gab zu, daß solche Zusammenkünfte stattgefunden hätten und erklärte weiterhin, daß die früheren Mitglieder der Einwohnerwehr nicht daran dächten, die Waffen abzugeben. Er blieb jedoch dem Beweis dafür schuldig, daß die Wilmerdorfer Arbeiter Waffen in Händen hätten. Weiterhin wurde von rechter Seite behauptet, daß die Verhandlungen zwischen den früheren Mitgliedern der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei auf Regierungsanregungen (?) zurückzuführen seien. Darüber sollen Dokumente vorhanden sein. Die Linke befragte den Magistrat darüber, ob ihm von solchen Regierungsanregungen oder Anweisungen etwas bekannt sei und welche Regierungsstellen derartige Anweisungen erteilen hätten. Der Magistrat war nicht in der Lage, irgendwelche Auskünfte zu geben.

Aus diesen Vorgängen ist ersichtlich, daß die reaktionären Elemente, zu denen auch die Mitglieder der Einwohnerwehren gehören, allen Verfügungen zum Trotz sich die Waffen, die sie für ihre dunklen Pläne brauchen, reichlich einbehalten haben. Dabei finden sie ohne Zweifel auch die wohlwollende Unter-

stützung ihrer Gefinnungsgenossen im Reichstagswahlkreis. Eine Aufklärung von dort aus erwarten wir nicht.

**Kleinfeste der Groß-Berliner Arbeiterkraft.** Referententwurf: Reichsbrotgesetz. Der Kursus muß am heutigen Freitag ausfallen, weil der Genosse Gornik dringend verhindert ist. Fortsetzung am Dienstag, den 22. Juni.

Die Kirchengesetze sind in den letzten Tagen wieder rapide hinaufgeschossen, nachdem sie schon auf 1,80-1,90 M. standen. Die Straßenhändler, die mit Kirzchen handeln, weisen mit ihren Preisen erheblich auseinander ab und begründen diese Unterschiede mit der Qualität. Hier ist die Qualität nicht gleich, selber aber muß man vielfach feststellen, daß ein kleiner Teil besserer Ware den großen Teil minderwertiger Ware verbeißt. Dieser „schöne Heberzug“ ist doch eine schwere Benachteiligung der Käufer. Und das ist entschieden zu verurteilen.

Die nächsten zehn Städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Honeg finden am Montag, den 28. Juni, den 2. August, den 9. August, Mittwoch, den 30. Juni, den 4. August, 11. August und Freitag, den 25. Juni, den 6. August und 13. August und zwar sämtlich in der Philharmonie, Bornburger Straße 22/23, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralfiliale für Volkswohlfahrt, Kunglitzer Straße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, im Zigarrengeschäft von Dorsch und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht unterbreiteten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kassenöffnung 7 Uhr. Die Programme werden rechtzeitig veröffentlicht werden.

Eingetroffen in die Räume des Gemeindefachverbandes in den Kassenräumen der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin, Johannistr. 14/15, ist in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. ein schwerer Einbruch verübt worden. Durch Zerstörung des Gebälkes fielen den Diebstahlern ca. 40.000 M. und zwei dunkelbraune Geldbullen in die Hände. Die geraubte Summe war zur Auszahlung als Hebelstufenunterstützung bereitgestellt. Die Ordnungswahl hat für die Erziehung der Täter 10.000 M. und für die Verhaftung des geraden Geldes 10 Prozent als Belohnung ausgesetzt. Anordnenliche Annahmen nimmt das Polizeibureau, Pfälzer Str. 22, über der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Johannistr. 14/15, entgegen.

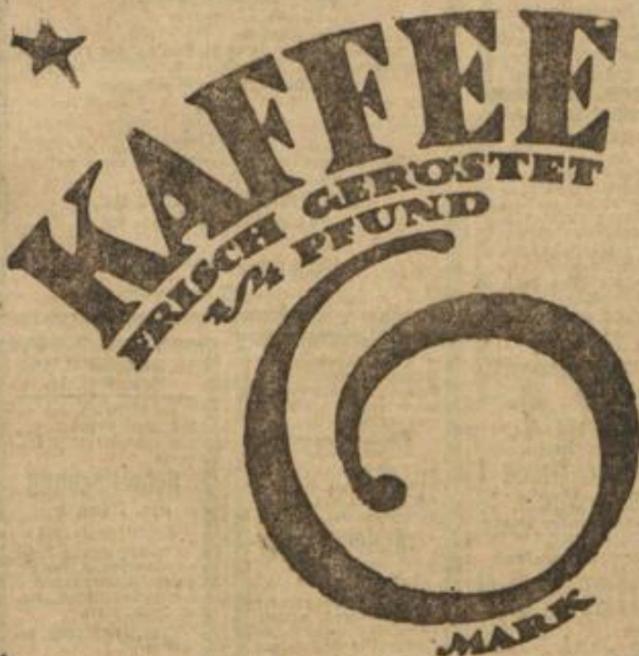
Die gefundenen Sachen vom Rindertransport aus Dänemark sind vom Jugendamt, Jüdenstr. 22, Zimmer 7, abgeholt.

Verloren ging die Sammelliste für politische Gefangene Nr. 25.002. Abzugeben bei Bullst, Kottbuserstr. 21.

Im Sommertheater „Groß-Berlin“ (im Garten der Altemschen Hofe in der Holtenauer) hat die hiesige Rufe einen neuen würdigen Tempel erhalten. Herr Direktor Spanier, der Leiter dieses Unternehmens, hat ein erstklassiges Personal zusammengestellt und viele Aufführungen von Operetten, die in Bezug auf die künstlerischen Leistungen sowie dekorative Ausstattung mit an erster Stelle der Berliner Sommerbühnen gestellt werden müssen. Zurzeit beherrscht den Spielplan die hiesige Operette von Victor Kolländer „Die Prinzessin vom Nil“. Wie man die vorhandenen Mittel eine so abgerundete Aufführung möglich ist, wirkt bestaunend.

### Aus dem Gemeindeleben.

Friedrichshagen. In einer von ca. 1200 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung, die am Dienstag in Scharbers Festsaal stattfand, berichtete Genosse Kawrad über den Ludwig unserer Fraktion aus dem Rathaus, worüber wir in Nr. 258 der „Freiheit“ bereits Mitteilung gemacht haben. Genosse Kawrad ging auf die Tätigkeit unserer Fraktion im Ortsparlament ein und schilderte dabei besonders sein Wirken als Delegierter des Lebensmittelausschusses. Bei Übernahme dieses Amtes mußte er feststellen, daß durch den früheren Delegierten Barth (S. P. D.) alles in Grund und Boden gewirkt war, so daß es ihm schwer fiel, sich darin einzuarbeiten. Trotzdem gelang es ihm, durch reichliche Anschaffung von Waren preisdrückend auf die Geschäftsleute zu wirken und noch einen Heberzug von 12-15.000 Mark herauszuwickeln. Bedauernd sei es, daß der erwähnte Heberzug nicht eingeleitet sei, den Kaufverlauf wieder den Händlern zu übertragen, trotzdem feststand, daß das Publikum durch Anhängen von Eisenstücken usw. an den Wiegeskalen von Händlern bedeutend überbottelt worden war. Derselben Standpunkt nahm die S. P. D.-Fraktion auch bei der Kohlenverteilung ein. Ferner hätte sie für die Auslösung des Arbeiterrates, bewilligte aber andererseits 25.000 Mark für die Einwohnerwehr. Den Vorwurf, daß er an den blutigen Vorgängen in Friedrichshagen am 20. März schuld sei,



Weiße Bohnen Pfd. 2.50  
Braune Bohnen Pfd. 2.50  
Adler Bohnen Pfd. 2.00  
Kornhaare Erbsen Pfd. 2.90

143 Filialen in Groß-Berlin der fünf vereinten Firmen  
**J.F. Assmann • Ernst Ladewig • Otto Reichelt • Butterhandlungen • Union • und • Loreley**  
Zufordern an Hotels, Cafes, Restaurants und andere Großabnehmer zu Vorzugspreisen nur ab unserem Lager Berlin, Schleifische Str. 28  
Pöppers

